

GESCHICHTE UND GESCHEHEN

Berufliche Gymnasien

Herausgegeben und bearbeitet von:
Dr. Jürgen Kochendörfer

Autoren:
Dr. Jürgen Kochendörfer
Dr. Silke Seemann
Martin Thunich

Ernst Klett Verlag
Stuttgart · Leipzig

Individuum und Gesellschaft

1 Jugend und Alter – heute und vor 100 Jahren

S. 21

1 Individuelle Schülerantwort

2 Im Prozess der Säkularisierung der Schule im 19. Jahrhundert wurde die Elementarbildung zu einem Mittel der staatsbürgerlichen Disziplinierung, um damit die politische und ökonomische Entwicklung zu festigen. Stände- und klassenspezifische Verhaltensmuster waren für die Wahl des Schultyps (Lateinschule, Realgymnasium, Bürger- bzw. Realschule) oft wesentlicher als Fleiß und Begabung. Während Gymnasien mit viel Lateinunterricht vor allem auf akademische Studiengänge vorbereiteten, lag der Schwerpunkt der Bürgerschulen auf der Vermittlung naturwissenschaftlicher und kaufmännischer Kenntnisse. Gegen Ende des 19. Jahrhunderts wurden viele Bürgerschulen zu Oberrealschulen oder Realgymnasien erweitert mit der Möglichkeit, die Hochschulreife zu erwerben. Das heutige dreigliedrige Schulsystem ermöglicht es, an beruflichen Gymnasien die allgemeine Hochschulreife oder an den Berufskollegs die Fachhochschulreife zu erwerben. Auch Kinder aus „bildungsfernen“ Elternhäusern nehmen diese Möglichkeit häufig wahr.

Vorverlegung der Unterrichtszeit, dafür: wenig zeitlicher Leerlauf nach Geschäftsschluss, vor allem im Winter, wo die Lehrlinge die Zeit im Wirtshaus überbrückten; bessere Leistungsfähigkeit; zu kurze Nachtruhe. dagegen: lange Arbeitszeiten in manchen Handwerksbetrieben.

3 Im 19. Jahrhundert waren alle Beschäftigten mit geringem und mittlerem Einkommen ab dem 16. Lebensjahr versicherungspflichtig. Die Beiträge und demnach auch die Renten waren Festbeträge, die vom Einkommen unabhängig waren. Die Leistungen waren wesentlich geringer als heute. Rentenzahlungen erhielt jeder Versicherte, der das 70. Lebensjahr vollendet hatte. Die Rentenhöhe lag bei etwa einem Drittel des Durchschnittslohns, bei Invalidität – damals bei den Arbeitern durchaus die Regel – war es noch weniger. Wer keine Kinder hatte und nur auf die Altersrente angewiesen war, führte ein ärmliches Dasein. Heute sind alle Arbeitnehmer und auch viele Selbstständige, z.B. Handwerksmeister, versicherungspflichtig. Beiträge zu den Sozialversicherungen 2009:

Sozialversicherung	gesamt	Arbeitgeber	Arbeitnehmer
Krankenversicherung	14,9%	7,0%	7,9%
Pflegeversicherung	1,95% 2,2%	0,975% 0,975%	0,975% 1,225% (Zuschlag Kinderlose)
Arbeitslosenversicherung	2,8%	1,4%	1,4%
Rentenversicherung	19,9%	9,95%	9,95%

Generationenvertrag bedeutet, dass die heutigen Erwerbstätigen mit ihren Beiträgen die gegenwärtige Rentnergeneration finanzieren. Aufgrund der Überalterung der Bevölkerung ergibt sich ein Ungleichgewicht.

- 4** *Wirtschaft:* sinkende Zahl von Arbeitskräften, höhere Lohnnebenkosten, höhere Sozialausgaben, z.B. wegen häufigeren Arztbesuchen älterer Menschen.
Gesellschaft: mehr ältere Menschen, weniger Kinder, mehr erwerbstätige Frauen, mehr Menschen mit Migrationshintergrund.
Politik: Erleichterung der Einwanderung junger Arbeitskräfte, Familienförderung (Kindergeld, Elterngeld, Elternzeit, Kinderbetreuungseinrichtungen, BaföG, Schulgeld- und Lernmittelfreiheit u.a.).
Kultur: Immigranten mit eigenem Brauchtum, eigener Musik u.a., mehr Muslime in Deutschland (mittlerweile ca. 5 Prozent) mit eigenen religiösen Werten,

5 Individuelle Schülerarbeit

- 6** Besseren Möglichkeiten der Empfängnisverhütung, Kinder haben ihre wirtschaftliche Bedeutung verloren (Kinder als Arbeitskraft im eigenen Betrieb, Kinder für die Alterssicherung der Eltern). In manchen Partnerschaften werden Kinder häufig nur als „Kostenfaktor“ und als Hindernis bei der beruflichen Karriereplanung diskutiert. Deshalb bekommen vor allem Frauen mit Studium und anschließenden anspruchsvollen, gut bezahlten Berufen besonders wenig Kinder. Es wird von vielen jungen Menschen viel zu wenig erkannt, dass Kinder das persönliche Leben bereichern. Auch die Unsicherheit um den Erhalt des Arbeitsplatzes, die Angst vor Arbeitslosigkeit und ungünstige Wohnverhältnisse spielen eine Rolle. Wer sich dennoch für Kinder entscheidet, beschränkt sich auf ein oder zwei Kinder. Vielfach kommt der Kinderwunsch so spät, dass die Eltern zu alt sind, um mehr Kinder zu bekommen. Bei den meisten jungen Menschen liegt, im Gegensatz zu den Zeiten ihrer Eltern und Großeltern, zwischen dem Verlassen des Elternhauses und ihrer Heirat eine längere Phase des selbstständigen Alleinwohnens. Diese Phase erhöht die persönliche Selbstständigkeit, in der sich eigene Lebensstile und Gewohnheiten herausbilden und verfestigen, schiebt aber das biologisch günstige Alter zum Gebären der Kinder hinaus. Um eine verbesserte Vereinbarkeit von Beruf und Elternschaft zu erreichen, fördert der Staat Familien durch finanzielle Unterstützungen wie das „Ehegattensplitting“ bei der Einkommenssteuer, das Kindergeld, die beitragsfreie Mitversicherung von Kindern und des nicht erwerbstätigen Ehepartners in der gesetzlichen Krankenversicherung sowie die Anrechnung von Erziehungszeiten in der gesetzlichen Rentenversicherung (Anerkennung von 36 Beitragsmonaten je Kind). Kosten für Kinderbetreuung oder Kindergartengebühren können zum größten Teil als Werbungskosten bzw. Sonderausgaben bei der Einkommenssteuer geltend gemacht werden. Umgekehrt müssen Kinderlose Beitragszuschläge in der Pflegeversicherung leisten. Der Gesetzgeber hat in den letzten Jahren durch eine Reihe zusätzlicher Reformen das Umfeld von Familien weiter verbessert. Dies geschah beispielsweise durch den Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen für Unter-Dreijährige. Überaus erfolgreiche Maßnahmen sind auch die Einführung eines „Elterngeldes“, welches das während der Babypause wegfallende Einkommen weitgehend ausgleicht (bis zu 14 Monate 67 Prozent des in den zwölf Kalendermonaten vor dem Monat der Geburt des Kindes durchschnittlich erzielten monatlichen Einkommens aus Erwerbstätigkeit bis zu einem Höchstbetrag von 1 800 Euro) und der „Elternzeit“, während der den nicht berufstätigen Erziehenden drei Jahre lang nicht gekündigt werden kann.

- 7** Trennung von Wohnung und Arbeitsstätte; berufliche und räumliche Mobilität; unterschiedliche Lebensauffassungen zwischen Jung und Alt u.a.

- 8** Solidarischer Umgang zwischen Eltern, Kindern und Enkeln; Hilfe der Älteren bei der Betreuung der Enkel; finanzielle Unterstützung der Älteren für die Jüngeren; Pflege der Älteren durch die Jüngeren; Pflege auch der Jüngeren durch die Älteren z.B. bei Krankheit u.a.

9 Individuelle Schülerantwort. Das Pflegezeitgesetz vom 1. Juli 2008 gibt Beschäftigten das Recht, von ihrer Arbeit freigestellt zu werden, um zu Hause einen akut pflegebedürftigen Angehörigen zu versorgen, der in eine „akut auftretende Pflegesituation“ geraten ist. Dazu zählen Eltern, Groß- und Schwiegereltern, Ehegatten und eigene Kinder sowie Pflege- und Adoptivkinder, Lebenspartner, Partner eheähnlicher Gemeinschaften oder Geschwister. Unterschieden wird im Pflegegesetz zwischen einer kurzzeitigen Arbeitsverhinderung von bis zu zehn Tagen und längerfristiger Pflegezeit von bis zu sechs Monaten. Während dieser Zeit genießen pflegende Arbeitnehmer Kündigungsschutz. Eine Vergütung wird während der Zeit der Pflege i.d.R. nicht geleistet.

10 *Bürger (M 5a)*: geräumige Wohnungen, Personal, gute Erziehung (Musikinstrument), Privatunterricht, Besuch des Gymnasiums.
Handwerker (M 5b): Mangelkrankheiten (TBC), schwere Frauenarbeit, Besuch der Volksschule, beschränkte Wohnverhältnisse, Armut, Arbeitslosigkeit, lange Arbeitszeit.

S. 29

1 Den Texten zu entnehmen

2 1d; 2g; 3f; 4a; 5b; 6h; 7c; 8e.

3 Individuelle Schülerantwort

2 Das Mittelalter – Weltbild und Lebensformen

S. 33

1 In seiner Schrift „Das Elend des Menschen“, die bereits vor seiner Wahl eine große Verbreitung in zahllosen Handschriften gefunden hatte, entwarf der spätere Papst Innozenz III. ein sehr negatives und abwertendes Menschenbild („Aus Erde geformt, in Schuld empfangen, zur Strafe geboren, tut der Mensch Böses, das nicht gestattet ist, Schändliches, das sich nicht geziemt, Eitles, das nicht nützt, und wird schließlich zur Nahrung des Feuers, zur Speise der Würmer, zu einem Haufen Fäulnis“), von dem er dann das Papsttum als „geringer als Gott, aber größer als der Mensch“ deutlich abheben konnte. Diese Formulierung kennzeichnet sein späteres Selbstbewusstsein als „Stellvertreter Christi“, dem alle Christen im Endgericht Rechenschaft schuldig seien. Der Mensch war danach mit der Erbsünde belastet und seinen Begierden ausgeliefert, die sein Seelenheil ständig gefährdeten. Innozenz betonte zugleich den Vorrang des Klerus vor den Laien. Die andauernde Sorge um das Seelenheil verlieh dem Leben im Mittelalter einen düsteren Ernst.

2 Die empirisch beobachtete Abfolge von Ursache und Wirkung kann nicht in unbegrenzter Fortsetzung gedacht werden, sondern bedarf eines Anfangs. Aus der empirischen Feststellung irgendeiner physikalischen Bewegung (gleichmäßig beschleunigte Bewegung, Pendel, aber auch Erdumlaufbahn um die Sonne) folgt die Existenz eines Bewegers (kinesiologischer Beweis). Mithin müsse es den „ersten Beweger, der von nichts bewegt wird“ geben – den unbewegten Beweger, für Thomas von Aquin ist dies Gott. Nach ihm muss es auch eine erste Ursache, eine causa prima, geben, die selbst kein Glied einer Kausalkette ist, von der vielmehr diese ihren Ausgang nehmen kann (Kausalbeweis).

- 3** „Tradition“ und „Reform“ haben hier einen besonderen Kontext. Hildegard ist vom priesterlichen Ideal geprägt. Danach hat das, was Gott zugehört, das Edelste und Makelloseste zu sein, was der Mensch aufzubringen hat, daher werden nur Adelige und Freie im Kloster aufgenommen. In dem Briefwechsel prallt das urchristliche Gleichheitsgebot und mit dem traditionell aristokratischen Ständedenken des Benediktinertums zusammen. Hildegards Texte sprechen auch von der „als heilgeschichtlich notwendig erklärten Herrschaftsqualität des Adels“, deren Ablehnung eine Ursünde sei.
- 4** In ihrem dritten Hauptwerk, dem „Liber divinorum operum“ (Welt und Mensch), das Hildegard 1174 abschloss, werden Welt und Mensch in inniger Bezogenheit zueinander und zu Gott dargestellt. Die Inspiration zu dieser Visionsschrift empfangt Hildegard angeblich bei der Meditation des Prologs zum Johannes-Evangelium: „Im Anfang war das Wort“. Ziel der Schöpfung ist demnach das menschgewordene Wort Gottes. Daher die zentrale Stellung des Menschen im Weltall: geistig-leiblich trägt er den Kosmos in sich. Die Miniatur zeigt den Menschen, aufrecht stehend, mit ausgebreiteten Armen, mit seinen Gliedmaßen reicht er in die verschiedenen Kosmoskreise hinein. Von ihnen wird er gestützt und getragen. Die Kosmoskreise und das Menschenkreuz stehen in Spannung zueinander und bilden eine Spannungseinheit. Wie in einem Netz hält der Mensch alle Kosmoskräfte zusammen. Kosmos und Mensch werden umspannt von einer großen Gestalt: vom trinitarischen Schöpfergott, der caritas (Liebe). Der Mensch erscheint als Mikrokosmos, der in allen seinen körperlichen und geistigen Gegebenheiten die Gesetzmäßigkeiten des gesamten (Makro)-Kosmos widerspiegelt.

S. 43

- 1** Grundherrschaft: Der Grundherr (in der Regel ein Adliger, die Kirche, ein Kloster oder der König) war dabei nicht nur Grundeigentümer oder Inhaber eines Lehens mit Verfügungsgewalt über das Land, sondern er übte zumeist auch weit reichende Verwaltungs- und Gerichtsfunktionen aus. Dem Grundherrn oblag sowohl die rechtliche Verwaltung und Nutzungsvergabe von land- oder forstwirtschaftlich genutzten Flächen als auch die Ausübung öffentlich-rechtlicher Befugnisse, wie die Polizeigewalt und die niedere Gerichtsbarkeit (Hofgericht), mit dem Recht, geistlich oder weltlich über seine Untertanen zu richten. Gleichzeitig hatte der Grundherr aber seinen Untertanen Schutz zu gewähren. Die Grundherrschaft umfasste somit nicht nur eine eng mit dem Feudalismus zusammenhängende agrarische Wirtschaftsform, sondern eine Herrschafts- und Besitzstruktur. Die Untertanen hatten Abgaben und Frondienste zu leisten. Diese konnten aus Naturalleistungen oder Dienstpflichten (Hand- und Spanndienste) bestehen. Die Form des Abhängigkeitsverhältnisses reichte vom reinen Pachtverhältnis über die Hörigkeit bis zur Leibeigenschaft. Wohlhabende Grundherren besaßen in der Regel nicht einzelne Gehöfte, sondern ganze Dörfer und Landstriche.
- Lehnsherrschaft: Die ganze Ordnung von Staat und Gesellschaft ruhte im Mittelalter auf dem Lehnverhältnis. Der Vasall erhielt ursprünglich ein Lehen für Dienste und Treue. Ein Lehen musste nicht immer ein Landgut sein; auch ein Amt war begehrt, etwa ein Richteramt, aus dem der Vasall einträgliche Einkünfte bezog, oder das Recht, Münzen zu prägen, Zölle zu erheben, Erz- und Salzbergwerke zu nutzen. Seit den letzten Karolingern waren die königlichen Lehen im ostfränkischen Reich erblich, so dass der deutsche König gezwungen war, sie an den jeweils Erstgeborenen weiterzugeben. Am liebsten verliehen die Könige deshalb ihre Lehen an die Kirche. Da die hohen Geistlichen nicht verheiratet waren und keine Erben hatten, konnte der König nach ihrem Tode immer wieder neue Männer seines Vertrauens in hohe Reichsämtler bringen. Mehr als die Hälfte aller Leistungen für das Reich erhielt der König von der Reichskirche. Bischöfe, Äbte, Grafen und Herzöge waren häufig Lehnsherr und Lehnsmann zugleich, weil sie das eigene Gut oder das vom König erhaltene Lehen an kleinere Vasallen weiterverliehen.

2 Stände waren soziale Schichten in einem hierarchisch gegliederten Gesellschaftssystem (Ständegesellschaft), deren Angehörige jeweils den gleichen sozialen Rang und bestimmte, daraus abgeleitete Rechte, Privilegien und Pflichten hatten. Die Zugehörigkeit zu einem Stand ergab sich aus Herkunft (Ebenbürtigkeit), Beruf (Berufsstand, z. B. Zünfte, Bauern) oder gesellschaftlicher Rolle (Geistlichkeit) und wurde von ihren Mitgliedern durch ihre moralischen Werte, ihre Lebensführung und ihren gesellschaftlichen Umgang (Standesbewusstsein) bekräftigt. Die Ständeordnung des Mittelalters nahm die grundsätzliche Trennung zwischen Freien und Unfreien, zwischen Herrschenden und Dienenden als gottgegeben an. Auf dieser Basis bildeten sich – in der Regel dreigliedrige – Ständesysteme heraus, das aus Klerus (1. Stand), Adel (2. Stand), Stadtbürgertum und freien Bauern (3. Stand) aufgebaut war. Später zählte man auch Arbeiter und Handwerker zum 3. Stand.

3 M 7a: Ständeordnung gottgewollt, M 7b: Hierarchisierung der drei Stände ähnlich M 5a. M 8: Abhängigkeit der Stände voneinander.

4 Die Darstellung (5 a) nimmt eine unterschiedliche Zuordnung der drei Stände zu Christus vor. Klerus und Adel stehen jeweils am Ende des Regenbogens, auf dem Christus sitzt und wirken so direkt mit ihm verbunden. Auch sind sie seinen segnend ausgebreiteten Händen nahe, während die Bauern durch die größere Entfernung von Christus abgerückt erscheinen. Christus und die Repräsentanten der beiden ersten Stände befinden sich in einer gemeinsamen Bildebene, während die Bauern, annähernd gleich groß unten zu sehen sind. Die Augenlinien der der Geistlichen und der Adligen bzw. die der die Kreuze haltenden Hände von Kaiser und Papst liegen auf einer Geraden, so dass der Eindruck der Gleichartigkeit beider Gruppen entsteht. Allerdings wendet sich Christus durch eine Drehung dem weltlichen Herrscher etwas stärker zu. Auch die Bauern stehen in Beziehung zu Christus, freilich nicht ganz so nahe. Sie bilden mit den anderen beiden Ständen ein gleichseitiges Dreieck. Der Holschnitt unterscheidet zwischen einer Dualisierung der beiden ersten Stände und einer Hierarchisierung gegenüber dem Dritten Stand. „Die drei Stände der Christenheit“ (5b) zeigen den durch Wundmale gekennzeichneten auferstandenen Christus in der typischen perspektivischen Darstellung der Renaissance zwischen einer Wolkenöffnung ebenfalls auf einem Regenbogen thronend. Seine Füße ruhen auf einer Kristallkugel, die den Kosmos symbolisiert. Der geistliche Stifter des Gemäldes ist vom Betrachter her links kniend dargestellt. Der Kaiser mit Reichsapfel und er Papst mit Schlüssel stehen auch hier auf einer Ebene. Die perspektivisch im Hintergrund wirkenden beiden Bauern in Arbeitskleidung bearbeiten einen steinigen Acker. Auch hier entsteht ein Dreieck der drei Stände, allerdings sind die Bauern perspektivisch im Hintergrund.

5 Sechs freie Hufen (hier Bezeichnung für Bauernhöfe) geben jährlich je 14 Scheffel (zu je 8,7 l) Getreide, vier Ferkel, Leinen, zwei Hühner, zehn Eier. Ihre Inhaber leisten je fünf Wochen pro Jahr Frondienst, pflügen drei Tagwerk (je 3400 m²), und mähen eine Wagenladung Heu.

19 unfreie Hufen geben jährlich je ein Ferkel, fünf Hühner, zehn Eier, ziehen vier Schweine des Grundherrn auf, pflügen je ein halbes Tagwerk, leisten drei Tage Frondienst in der Woche, erbringen Transportdienste und stellen ein Pferd. Die Ehefrauen nähen je ein Hemd, fertigen ein Wolltuch, brauen Malz und backen Brot.

6 Die staatstragenden Stände (auch Landstände) traten in repräsentativ beschickten Landtagen bzw. Reichstagen zusammen, wo sie mitbestimmende, die Macht des Landesherrn bzw. Königs oder Kaisers mehr oder weniger einschränkende Kompetenzen besaßen. Die Bewilligung von Steuern, auf die der Landesherr angewiesen war, wenn er die Kosten für die Kriegsführung nicht mehr aus

eigenen Mitteln bestreiten konnte, bildete sich früh als wichtigstes Recht und Druckmittel der Ständeversammlungen gegenüber dem Herrscher heraus.

- 7** Der Ritter war nicht nur Krieger, der Fehden austrug und im Dienst seines gräflichen oder königlichen Herrn in den Krieg zog, sondern auch bäuerlicher Grundherr, der die Landwirtschaft seiner Bauern im Burgumfeld leitete. Seine grundherrlichen Pflichten durfte der Ritter nicht vernachlässigen, denn er war auf die Einnahmen aus Ackerbau und Viehzucht angewiesen, um sich die teure Kriegsausrüstung und die zuweilen mehrwöchigen Reisen überhaupt leisten zu können. Zwischen den Kriegsfahrten kehrten die Ritter stets auf ihre Güter zurück, legten Waffen und Rüstung beiseite und zogen ihr bäuerliches Gewand an. Ärmere Ritter mussten sich nicht selten sogar selbst hinter den Pflug stellen und hatten manchmal keinen höheren Lebensstandard als die Bauern.
- 8** In der Regula Benedicta (M 14), die in der Karolingerzeit für die Klöster in Frankreich als verbindlich durchgesetzt wurde, wird der Tagesablauf der Mönche minutiös geregelt. Der Tag wird gegliedert in Zeiten des gemeinsamen Gebets, Zeiten des Lesens theologischer Schriften, Arbeits- und Schlafzeiten. Es gibt eine strikte hierarchische und funktionale Ämterverteilung, vergleichbar mit der am weltlichen Hof. Das Verhältnis von dem oberen Amtsträger, dem Abt, zu den Mönchen basiert auf Gehorsam. Die Rangordnung der Mönche ist nach dem Alter bezogen auf das Eintrittsalter festgelegt. Beim Eintrittsgelübde gelobt der Mönch Gehorsam, Demut, Armut und Keuschheit. M 15 thematisiert die Abgaben und Frondienste im Rahmen der Grundherrschaft (vgl. M 9).
- 9** Individuelle Schülerantwort.

S. 51

- 1** Es besteht ein enger Zusammenhang (Kontingenz) zwischen beiden Größen.
- 2** Dort, wo Absatzmöglichkeiten, Rohstoffe und günstige Verkehrslage die Warenproduktion förderten, entstanden die mittelalterlichen Städte. Diese Siedlungen wurden in den nächsten Jahrhunderten mit Wall und Graben befestigt und mit Palisaden oder Mauern umgeben. Wasserweg (M 5), Handelsstraße (M 6).
- 3** Politische wurden die Städte anfangs von adligen Stadtherren beherrscht, denen die Bürger, ähnlich wie die Bauern, Abgaben zu entrichten und Frondienste zu leisten hatten. Den Stadtherren unterstand das Gericht; sie hatten für die Ordnung an den Markttagen zu sorgen und die Siedlung gegen äußere Feinde zu schützen. Mit dem Wachstum der Städte wurde das Bürgertum stark genug, diese Funktionen selbst zu übernehmen. Die Stadtbevölkerung kämpfte daher gegen die feudalen Stadtherren um die Befreiung von den feudalen Lasten und um die Schaffung einer städtischen Selbstverwaltung. Vor allen Dingen forderte sie das Marktrecht, das Zollrecht und eine eigene Gerichtsbarkeit. M 8 verdeutlicht die Situation in Worms. Dort gewährte Heinrich IV. den Bewohnern für ihre Treue Zollfreiheit. Die Bürgerschaft hatte gegen den Widerstand des Bischofs dem von der Harzburg nach Ladenburg geflohenen König die Stadttore geöffnet. Sowohl die Juden als auch die Christen sollen ihm militärisch Beistand geleistet und ihn politisch unterstützt haben. Das Pergament ist die älteste Urkunde überhaupt, die im deutschen Reich vom König den Bürgern einer Stadt ausgestellt worden ist. Zugleich besitzt sie den Charakter eines Manifests: Die Hilfe der Wormser für den Herrscher wird als Vorbild für andere Städte herausgestellt.
- 4** Jeder Kaufmann bekommt ein Grundstück für seinen Hausbau. Der Herzog garantiert Polizeischutz und Ersatz des Schadens aus eventuellen Straftaten. Er garantiert das Erbrecht für Ehefrauen und Kinder. Die Frauen sind in der Erbfolge

den Männern gleichgestellt Die Bürger können Wiesen und Weiden (zur Tierhaltung und zur Jagd), Wälder (zum Holzeinschlag) und Flüsse (zum Fischen) nutzen. Für die Kaufleute innerhalb der Stadt besteht Zollfreiheit auf den Märkten. Die Bürger wählen ihr Stadtoberhaupt und ihre Priester selbst. Jeder von außen kommende Bürger genießt Wohnrecht, solange nicht innerhalb eines Jahres nachgewiesen wird, dass er eines anderen Knecht ist. („Stadtluft macht frei.“) Kein Ministerialer des Herzogs darf ohne Zustimmung der Bürger in der Stadt wohnen Der Herzog bekommt Einnahmen durch die Grundstückspacht, außerdem Zölle und Marktgebühren von auswärtigen Händlern.

- 5** Seit dem 12. und 13. Jahrhundert verlangten die Zünfte Einfluss auf die politische Willensbildung, also Sitze im Rat, dessen patrizische Familien sich als neuen Adel ansahen. Wo sich die Patrizier gegen Aufsteiger aus den Zünften wehrten oder sich dem Verlangen nach Mitbestimmung widersetzen, kam es zu blutigen Auseinandersetzungen. Die Teilhabe der Zünfte machte den Rat aber nicht zum Stadtparlament, denn es fanden keine Wahlen statt. Ratssitze waren nur bestimmten, angesehenen Familien möglich und deren Sitz wurde ein Leben lang gepflegt und dem ältesten, männlichen Nachkommen vererbt. Mit zunehmender wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Bedeutung ihrer Produkte steigerte sich das Selbstbewusstsein der Handwerker und ihre Position innerhalb der Stadtbevölkerung. Die Zünfte boten als Zusammenschluss von Handwerkern gleicher oder ähnlicher Gewerbe ihren Mitgliedern eine stabile Basis für die Artikulation ihrer Interessen. Eine entscheidende Phase der Stadt- und Zunftgeschichte stellte das 13. bis 15. Jahrhundert dar: Die Städte emanzipierten sich von ihren Stadtherren und erlangten mit ihrer Selbstständigkeit die volle Rechts- und Handlungsfähigkeit. Die ökonomischen Interessen der Handwerker bestanden darin, dass Steuern und Abgaben nicht mehr an die Landesherren flossen oder im Interesse der Handel treibenden reichen Oberschicht, dem Patriziat verwendet wurden, sondern dass dabei entsprechend den Interessen der Handwerksmeister verfahren wurde.
- 6** Die ökonomischen Unterschiede zwischen den reichen Kaufmannsgilden, aber auch zwischen wohlhabenden Nahrungsmittelzünften wie Metzgern oder Bäckern und den ärmsten Handwerkerzünften, wo die Meister allein von ihrer Hände Arbeit leben mussten, waren beträchtlich. Der reiche Gewandschneider, der sich im Handel engagierte, blickte auf den armen Schneider herab, der die Stoffe nur verarbeitete. Wer in der Stadt, ob arm oder reich, das Bürgerrecht besaß, hatte Pflichten wie Wachdienste wahrzunehmen, hatte Steuern zu zahlen, genoss hingegen auch den Schutz der Stadt. Aber viele, oft mehr als die Hälfte, hausteten innerhalb der Mauern ohne das Privileg des Bürgerrechts: Knechte und Mägde, Arbeiter und städtische Tagelöhner.
- 7** Der Speyerer Bischofs Rüdiger Hutzmann siedelte 1084 Juden an, die aus Furcht vor Verfolgungen aus dem durch eine Feuersbrunst zerstörten Mainz geflohen waren. „Da ich aus dem Flecken Speyer eine Stadt machen wollte“, erklärte der Bischof, habe er durch günstige Gesetze die Juden zur Ansiedlung veranlasst. Zudem sei es ihm auch darum gegangen „die Ehre unseres Ortes zu vergrößern“. Der Bischof stattete die Juden mit einem Schutzbrief aus und sicherte ihnen Selbstverwaltungsrechte und Handelsfreiheit innerhalb der Stadt zu sowie das Recht zur ungehinderten Religionsausübung. Neben der Ausübung des Handels wurde ihnen außerdem uneingeschränkt der Wechsel von Gold und Silber sowie der Verkauf von nichtkoscherem Fleisch an Christen gestattet. Sechs Jahre später, im Jahr 1090, wurden diese Rechte von Kaiser Heinrich IV. ausdrücklich bestätigt und erweitert. Nach dem Willen des Königs sollten die Juden frei sein von Verfolgungen und Störungen in ihrem beruflichen und religiösen Leben. Jede Zwangstaufe, jede Folterung zur Erpressung von Geständnissen wurde verboten. Als „Kammerknechte“ gehörten Juden mit Leib und Gut dem jeweiligen Landesherren und waren verpflichtet, für ihren Schutz zusätzlich eine besondere Abgabe zu zahlen.

- 8** Die Situation der Juden hatte sich schon im 13. Jahrhundert deutlich verschlechtert, als die Handwerker der Städte an Einfluss gewannen. Viele Stadtbewohner der unteren Schichten sahen in den Juden Verbündete der herrschenden Schichten. So hatte sich im späten Mittelalter auch der Judenschutz verändert. Meist lag er in den Händen der jeweiligen Territorialherren. Da Juden für das Reich als Steuerzahler eine wichtige Einnahmequelle darstellten, war ihnen der Schutz auch weitgehend gesichert. Die Juden in ihrer Rolle als Geldverleiher erhoben ihrerseits immer höhere Sicherheiten für ihre Kredite. Seit dem Ende des 13. Jahrhunderts kam es zu wiederholten Anschuldigungen des Ritualmordes, der Brunnenvergiftung und der Hostienschändung, die in gewalttätigen Übergriffen ihren Ausdruck fanden. Die Judenverfolgungen Mitte des 14. Jahrhunderts stellen den tiefsten Einschnitt in der jüdischen Geschichte des Mittelalters dar. Die Ursachen der Verfolgungen waren tiefgreifende soziale Konfliktsituationen innerhalb der städtischen Bevölkerung. Die Pestepidemie, welche Europa zu dieser Zeit heimsuchte, war nur ein Auslöser. Die jüdische Bevölkerung unterlag massiver sozialer Diskriminierung. Beim 4. Laterankonzil 1215 wurde eine besondere Kleidervorschrift für sie eingeführt. Außerdem unterlagen sie Beschränkungen bezüglich des Häuserbaus und des Grundstückserwerbs in den Städten. Nun mussten die Juden ihre Wohnviertel mit einer Mauer umgeben, die zur Abgrenzung von der christlichen Bevölkerung diente. In manchen Städten wurden sie von der vornehmen Wohnlage in schlechtere Viertel umgesiedelt. Es gab allerdings auch viele Städte, in denen die jüdische Bevölkerung nicht in abgegrenzten Ghettos lebte und sich nicht von den christlichen Stadtbewohnern durch Kleidervorschriften abheben musste. Dort gewährte man ihnen das Bürgerrecht.

3 Aufbruch in die Neuzeit

S. 65

- 1** Das Mittelalter ist geprägt vom christlichen Glauben, von der Hinnahme des eigenen Schicksals und von der Furcht vor der Hölle. Das irdische Leben galt nur als eine Etappe auf dem Weg zum ewigen Leben. Die Menschen gehorchten den Anweisungen der weltlichen und kirchlichen Mächte und glaubten so, den Willen Gottes zu erfüllen. Ihre ganze Hoffnung richtete sich auf das Leben nach dem Tod. Die Ungleichheit zwischen den Menschen, auch die Einteilung der Gesellschaft in drei Stände, wurde als gottgegeben hingenommen, sich dagegen aufzulehnen galt als Sünde. Ein solches Verständnis ließ keinen Platz für die freie Entfaltung der Persönlichkeit.
- Der Humanismus stellt einen Bruch mit den vormaligen Vorstellungen dar. Seit dem 13. Jahrhundert entwickelte sich in den italienischen Städten ein neues Bild vom Menschen. Die führende Schicht der bürgerlich-städtischen Gesellschaft löste sich allmählich aus der Enge des Mittelalters und ließ Feudalismus und hierarchisches Denken hinter sich. Künstler und Gelehrte machten das Individuum zum Mittelpunkt der von Gott geschaffenen Welt. Der Mensch sollte selbst verantwortlich sein für sein persönliches Schicksal, die eigenen Belange und die der Gesellschaft vernünftig regeln.
- 2** Der Ottheinrichsbau (M 2) ist das größte Gebäude des Schlosses. Die prunkvolle Fassade gilt als bedeutendstes Beispiel deutscher Renaissance-Baukunst. Bemerkenswert ist vor allem der aufwendige Figureschmuck. In der unteren Reihe ist rechts des Hauptportals Herkules dargestellt. Die nicht sichtbare Figurenreihe des zweiten Obergeschosses zeigt die antiken Götter Saturn, Mars, Venus, Merkur und Luna. Die Darstellung antiker Helden und Götter ist ein häufiges Stilelement von Kunstwerken der Renaissance.

Die drei Grazien (M 4, M 5) aus der römischen Mythologie entsprechen den Chariten aus der griechischen Mythologie, in der sie als Göttinnen der Anmut mit Aphrodite in Verbindung stehen. Sie sind Töchter des Zeus und der Eurynome und heißen Euphrosyne („Frohsinn“), Thalia, auch Thaleia („blühendes Glück“) und Aglaia („Glanz“). Die drei Grazien waren ein beliebter Gegenstand der bildenden Kunst und wurden meist unbekleidet, sich gegenseitig berührend oder umarmend dargestellt. Bei M 4 (linkes Bild) handelt es sich um eine Wandmalerei aus Pompeji aus dem 1. Jh. nach Chr, beim rechten Bild um eine Buchmalerei aus der Toskana um 1335/40. Das Gemälde *Primavera* (Frühling) des italienischen Renaissancemalers Sandro Botticelli gehört zu den bekanntesten Werken der abendländischen Kunst (M 5). Das großformatige Bild zeigt vor einem Orangerien eine nebeneinander aufgereihe Gruppe von acht Personen mit einem blinden Amor über der mittleren Figur, der dabei ist, einen Pfeil abzuschießen. Amor ist der ständige Begleiter der Liebesgöttin Venus. Diese, in dem Bild in zentraler Position, ist aus der Reihe ein wenig zurückgetreten. Sie trägt ein leichtes weißes Kleid und einen roten Mantel, den sie sich über die rechte Schulter und den erhobenen Arm geworfen hat. Zu ihrer Linken stürzt sich ein bläulicher Mann mit wehenden Tüchern auf eine junge Frau, die sich ihm zwar zuwendet, aber gleichzeitig vor dem Heranstürmenden flieht. Aus ihrem Mund kommen Rosenblüten. Der Mann ist an seinen aufgeblasenen Wangen als ein Windgott zu erkennen, der im Begriff ist, die Nymphe Chloris zu ergreifen, die in einem Gedicht Ovids beschrieben ist. Auf der rechten Seite der Venus tanzen drei in leichte Schleier gehüllte Frauen einen Reigen – es sind die drei Grazien, Sinnbild für weibliche Anmut und Schönheit, die vor allem in Bildern der Renaissance häufig als Begleiterinnen der Venus auftreten.

In der Renaissance wurden Proportionen und Perspektive verfeinert. Der Mensch wurde sehr detailliert dargestellt, Gesichtszüge wurden nahezu perfekt nachgemalt. Die menschliche Anatomie gewann an Bedeutung. Der Mensch wurde Gott näher gestellt, man kann von einer Vergöttlichung des Menschen sprechen. Um die Vollkommenheit des Menschen zu zeigen, wurde er oft nackt dargestellt. Häufig wurden geometrische Kompositionen angewandt.

- 3** Leonardo da Vinci war der erste Künstler, der den menschlichen Körper sezierte und der aufgrund dieser Ergebnisse ein neues und wirklichkeitsnahes Bild vom Menschen entstehen ließ. Schwerpunkt von Leonardos anatomischen Studien war die Erforschung der Bauweise und der Mechanik des menschlichen Körpers sowie der Funktion einzelner Teile. Er soll 1515, zu einer Zeit, in der das Sezieren von Menschen durch päpstliche Anordnungen verboten war, die Anatomie von über 30 Männer- und Frauenleichen jeden Alters untersucht haben.
- 4** Verbot von Büchern, die sich gegen die katholische Glaubenslehre, gegen einzelne Würdenträger oder wohl auch gegen die Ständegesellschaft richten.
- 5** Das von Kopernikus hergeleitete und von Galilei bewiesene heliozentrische Weltbild basiert auf der Annahme, dass sich die Planeten um die Sonne bewegen. Es steht im Gegensatz zum älteren geozentrischen (ptolomäischen), in dem die Erde als Zentrum des Universums angesehen wird. Galilei hatte sich in die Auslegung der Bibel eingemischt und sich damit auf ureigenstes kirchliches Terrain begeben. Er rüttelte am Fundament der Kirche, indem er eine Bibelauslegung durch Gelehrte forderte, und er unterstellte den bisherigen Auslegern damit Fehldeutungen.
- 6** Der Dominikaner Lorini denunzierte Galilei erfolglos bei der Inquisition. Galilei schrieb zu seiner Verteidigung 1615 einen offenen Brief an die toskanische Großherzogin Christine von Lothringen. Galileis Brief vertritt die Emanzipation der neuen, von ihm wesentlich mit initiierten Naturwissenschaft gegen theologische und philosophische Autoritätsansprüche. Ihm zufolge können theologische Bibelinterpretationen niemals wissenschaftliche Hypothesen widerlegen, wohl aber durch solche widerlegt werden. In dieser Unabhängigkeitserklärung der Wis-

senschaften verteidigt er die Freiheit des Denkens und der Wissenschaft gegen die Theologie. Nach Galilei darf die Bibel aber dennoch aus Verständnisgründen schwierige Darstellungen vereinfachen.

- 7** Der Frühkapitalismus beschreibt eine Wirtschafts- und Gesellschaftsform, die sich vom Feudalismus dadurch unterscheidet, dass das bürgerliche Privateigentum an Produktionsmitteln ökonomisch gewinnversprechender ist als das vom Adel bevorzugte Eigentum an Grund und Boden. Die habsburgische Wirtschaftspolitik in der Neuen Welt zielte darauf ab, dem königlichen Fiskus Einnahmen zuzuführen, um die königliche Macht zu stärken. Dazu zählten Kronmonopole, wie das Berg- oder das Salzmonopol, das gewinnbringend an interessierte Unternehmer verliehen werden konnte. Die Fertigwarenproduktion, u.a. von Wein und Textilien, blieb dagegen dem Mutterland vorbehalten. Das Vizekönigreich Neuspanien (M 17) war die erste der vier spanischen Kolonien in Lateinamerika. Es umfasste die heutigen Staaten Mexico, Guatemala, El Salvador und Honduras, Nicaragua, Costa Rica, Venezuela und den Karibischen Inseln. Der Text nennt als Ziele u.a. die Einführung des Christentums, die Eintreibung von Steuern in Form von Gold und Silber, Zwangsarbeit in den Gold- und Silberminen für diejenigen, die keine Abgaben zahlen können, Vergabe von Konzessionen (Monopole) an spanische Unternehmer für Abgaben in Höhe von 20 Prozent des Umsatzes an die Krone, Arbeit auch schwarzer Sklaven in den Minen, Steuereinnahmen von landwirtschaftlichen Siedlern.
- 8** Die „Reformation des Kaisers Sigismund“ wurde auf Deutsch verfasst und wahrscheinlich dadurch zu der am häufigsten verbreiteten Reformschrift ihrer Zeit. Der Text wurde 1476 erstmals gedruckt und erlebte bis 1522 sieben Neuauflagen. Der Text unterbreitet Vorschläge zu kirchlichen und weltlichen Reformen, teils unter realitätsfernen Gesichtspunkten. In M 20 a wird den großen Kaufmannsgesellschaften wie den Fuggern der Kampf angesagt. Wer sich an einer solchen Gesellschaft beteilige, dessen Gewinn solle seiner Reichsstadt anheim fallen. In den Städten sollten Festpreise gelten, damit nicht Händler die Waren aufkaufen und während Hungersnöten teuer verkaufen. Durch Handelsmonopole und Zinsbelastung bewirkte Teuerungen und dementsprechende wirtschaftliche und soziale Not der ländlichen Bevölkerung waren Schubkräfte für die Reformation Martin Luthers. In mehreren Schriften wendet er sich leidenschaftlich gegen Wucher und Monopole. In M 20 b kritisiert er den Frühkapitalismus: Händler verkaufen ihre Waren so teuer als möglich, Luther vergleicht dies mit Rauben und Stehlen. Er geißelt Ratenverkäufe gegen Zinsen (Wucherer) und Händler, die den gesamten Warenbestand aufkaufen, um ihn später teurer weiterzuverkaufen, außerdem Monopole, bei denen es keine Konkurrenz gibt. Umgekehrt kritisiert er Händler, die durch kurzfristige billige Verkäufe Konkurrenten in den Ruin treiben, um dann Alleinanbieter zu sein.

S. 79

- 1** Ein Jahr vor Veröffentlichung der 95 Thesen (1517) predigte Luther erstmals gegen Ablassbriefe, die den Gläubigen einen dem Geldbetrag entsprechenden Bußerlass für sie oder für bereits gestorbene Angehörige bescheinigten. Mit einem Teil des Geldes wollte der Mainzer Kardinal Albrecht seine Schulden bei den Fuggern begleichen, die ihm sein Kurfürstenamt finanziert hatten. Kaiser Karl V. war an der Wiederherstellung der abendländischen Glaubenseinheit oder wenigstens an einer Aussöhnung der Konfessionen gelegen, da er wegen wiederholter Kriege mit Frankreich und zur Abwehr der 1529 bis Wien vorgerückten Türken auch auf die Unterstützung der Protestanten angewiesen war. Auf dem am 15. März 1529 in Speyer eröffneten Reichstag ging es darum, ob die evangelischen Fürsten und Städte durch einen Mehrheitsbeschluss des Reichstages gezwungen werden konnten, den neu gewonnenen Einfluss auf die Konfession ihrer Untertanen preiszugeben. Die evangelischen Fürsten und Städte beriefen sich in

Glaubensfragen auf ihr Gewissen und protestierten gegen den von katholischen Ständen getragenen Mehrheitsbeschluss, am Wormser Edikt (Verbot von Luthers Schriften, Reichsacht) festzuhalten.

- 2** Die Kirche des Mittelalters war geprägt durch Krisen und Zeichen des Verfalls. Verweltlichung, Geldgier, Pfründewirtschaft, Sittenlosigkeit und Unbildung von Priestern und Mönchen sowie die Vernachlässigung des geistlichen Amtes des Klerus. Durch den Ablass-Streit wurde Luther immer weiter getrieben in seiner Kritik, zunächst nur an Missständen in der Kirche, dann aber auch an der römisch-katholischen Lehre. Für neuen Zündstoff sorgte er in Leipzig, als er sich von Johannes Eck zu der Behauptung provozieren ließ, auch Päpste und Konzilien seien nicht unfehlbar und könnten irren. Luther lehnte den Papst und die kirchliche Hierarchie als letzte Instanz in Glaubensfragen ab. Allein der Heiligen Schrift komme die oberste Autorität zu. Den Priester sah er nicht als entrückten, unverzichtbaren Mittler zwischen Gott und Mensch, sondern als Seelsorger ohne Privilegien. Bei der römisch-katholischen Messe bildete das Volk nur das Publikum. Luther hingegen bezog die Gemeinde ausdrücklich in den Gottesdienst mit ein. Konsequenterweise wollte er, dass in der Kirche deutsch gesprochen und gesungen wurde.
- 3** *M 9a:* Das Heil der Seele und die Vergebung der Sünden und das der Eltern und anderer Verstorbener wird erreicht, wenn gebeichtet und bereut wird sowie Almosen gegeben werden. Deren Umfang bestimmt der Beichtvater. Loskauf von Folter und harten Strafen durch Almosen.
M 9b: Befreiung von Sünden nur durch Buße, nicht durch Ablassbriefe. Statt Ablässe zu erwerben, ist es sinnvoller Arme und Bedürftige zu unterstützen.
- 4** Luther wendet sich in deutscher Sprache an die weltlichen Fürsten, denen er die Durchführung der Reformation übertragen will, da die Bischöfe nach seiner Meinung versagt hätten. Er anerkennt Papst, Bischöfe und Priester nicht als herausgehobenen geistlichen Stand sondern bekennt sich zum allgemeinen Priestertum der Gläubigen. Luther argumentiert, dass sich Bischöfe und Klerus hinter drei Mauern verstecken, bzw. drei Ruten verwenden: 1. Sie stellen die kirchliche Obrigkeit über die weltliche. 2. Sie verweisen darauf, dass nur der Papst das Recht hat, die Bibel auszulegen. 3. Nur der Papst hat das Recht, zu Auslegungszwecken der Bibel ein Konzil einzuberufen. Damit steht der Papst über dem Konzil.
- 5** Luther, weigerte sich unter Berufung auf die Bibel, der kaiserlichen Aufforderung zu folgen, seine zuvor in seinen Büchern geäußerten Ansichten zu widerrufen. Das betraf hauptsächlich die 1520 erschienen Bücher „Von der Freiheit eines Christenmenschen“, „An den christlichen Adel deutscher Nation von des christlichen Standes Besserung“ und „Von der babylonischen Gefangenschaft der Kirche“.
- Sogar die Gegner anerkennen die Nützlichkeit einiger Schriften. Bei einem Widerruf müsste die Wahrheit verdammt werden.
 - Unzufriedenheit mit der Tyrannei der päpstlichen Gesetze. Ein Widerruf würde die Tyrannei bekräftigen und der Gottlosigkeit Tür und Tor öffnen. Der Kaiser möge Beweise für Fehler Luthers vorlegen, ihn des Irrtums überführen.
 - Weder dem Papst noch den Konzilien, die häufig geirrte haben, ist zu trauen sondern nur den Zeugnissen der Bibel.
- 6** Die Bauern, deren Lebensbedingungen sich zu Beginn des 16. Jahrhunderts verschlechtert hatten, fühlten sich von Luthers Schrift „Von der Freiheit eines Christenmenschen“ angesprochen und begannen gegen die Obrigkeit zu rebellieren. Anfangs versuchten sie ihre Forderungen, die Sebastian Lotzer in den „Zwölf Artikeln“ (M 15) zusammengefasst hatte, gewaltlos durchzusetzen. Doch als sie merkten, dass die Fürsten sie nur hinhielten, griffen sie zur Gewalt. Zunächst zeigte Luther Verständnis für die Anliegen der Bauern und forderte die Fürsten auf, auf der Basis der Zwölf Artikel mit den Bauernführern zu verhandeln. Doch

schon wenige Monate später, als die Bauern Gewalt ausübten, warf er ihnen vor, seine Lehre zu verfälschen, und verlangte von der Obrigkeit, gegen die Aufständischen vorzugehen. Die Fürsten hatten inzwischen Landsknechte angeworben, die den Bauern in Ausrüstung und Kriegstaktik deutlich überlegen waren. Im Herbst 1526 kam es zum entscheidenden Gefecht. Die Anführer der Bauern, darunter auch der Adelige Florian Geyer und der Theologe Thomas Müntzer, wurden getötet. Insgesamt kostete der Aufstand etwa 100 000 Bauern das Leben.

7, 8 *M 4:* Ein Zeugnis naiven Glaubens. Zu einer Zeit als die Menschen nicht lesen konnten, beeinflussten solche Kirchenbilder den menschlichen Alltag. *M 5:* Rohrbach wurde wohl tatsächlich bei lebendigem Leib Scheiterhaufen verbrannt. Die Darstellung verzichtet auf den Scheiterhaufen. *M 11:* Ähnlich *M 4* soll auch hier den Gläubigen die Folgen ihrer Sünden vor Augen geführt werden. *M 14:* Für Holbeins Standpunkt bezüglich der Reformation ist der Holzschnitte bezeichnend. Er ist eine Satire auf den Ablasshandel, die linke Seite (nicht abgebildet) zeigt Gott Vater, der drei in tiefer Reue zu ihm betenden Sündern erbarmungsvoll die Arme entgegenstreckt; auf der rechten abgebildeten Seite des Bildes erblickt man den Papst auf seinem Thron, der dem Kanzler die Ablassbulle überreicht, während im Vordergrund dem herbeieilenden Volk die Briefe um Geld verschachert werden. Die Armen, welche keins anzubieten haben, werden schnöde abgewiesen.

9 Der Begriff „Kirchenzucht“ steht heute für die früher freudlose Strenge im Calvinismus. Bei leichten Vergehen sollten die Gemeindeglieder einander ermahnen und sich so gegenseitig auf den rechten Weg zurückführen. Nur wenn jemand Widerstand leistete, wurde sein Fall vor dem Kirchenrat verhandelt. Auch öffentliche oder schwere Sünden sollten im Kirchenrat verhandelt werden, denn hier standen Einheit und Frieden der Gemeinde auf dem Spiel. Wer sich als unbelehrbar erwies, sollte schließlich aus der Gemeinde ausgeschlossen werden. Calvin orientierte sich hier an Matthäus 18,15–18. Die öffentliche Kirchenzucht wurde hauptsächlich bei sozial zerstörerischem Verhalten angewandt. Wenn also ein Wucherer andere in den Ruin trieb und ein Dritter davon erfuhr, so konnte er den Wucherer zurechtweisen. Wenn der das Geschäft rückgängig machte, blieb die Sache privat. Beharrte der Wucherer jedoch auf seinem Geschäft, kam der Fall vor den Kirchenrat. In der Regel musste der Schuldige öffentlich Buße tun. Calvin trennte Staat und Kirche scharf, wollte aber auch das staatliche Leben mit seinem christlichen Geist durchdringen. Der Staat sollte der Kirche bei der Durchsetzung der Disziplin helfen, während die Kirche versprach, den Staatsgedanken zu stärken.

4 Vom Absolutismus zur Aufklärung

S. 85

1 Zum Kennzeichen der absolutistischen Macht gehören das höfische Repräsentationsbedürfnis, die Zunahme der kapitalistischen Produktionsweise, der Ausbau der bürokratischen Institutionen und die Ausbreitung des aufgeklärten Rationalismus. Der absolutistische Staat wird häufig als Vorläufer des modernen Staates bezeichnet. Hans-Ulrich Wehler verwendet in diesem Zusammenhang den Leitbegriff der Modernisierung. Als Aufklärung bezeichnet man eine in Europa im 18. Jahrhundert vertretene Grundeinstellung, die vom Glauben an die Vernunft in jedem Menschen geprägt ist. Der Gebrauch des eigenen Verstandes (*ratio*) befreit den Menschen aus den alten Abhängigkeiten der Kirche und der Monarchie und führt zu mehr Glück, Toleranz und Selbstbestimmung.

- 2** Ludwig ließ nichts von Staatssekretären u Finanzintendanten unterzeichnen, was sie nicht vorher mit ihm besprochen hatten, war über alles unterrichtet, (kannte z.B. die Zahl und Aufbau seiner Truppen), traf Anordnungen für alle Bedürfnisse der Truppen, verhandelte direkt mit fremden Gesandten, regelte Einnahmen und Ausgaben des Staates selbst, war nicht an die Gesetze gebunden, regierte absolutistisch, war oberster Richter, überließ die Verwaltung meist bürgerlichen Beamten.
- 3** Unterschiede gibt es in den Einzelheiten der Lehren über die Gewaltenteilung. Bei Locke werden die gesetzgebende (legislative) und die vollziehende (exekutive) Gewalt unterschieden. Daneben nennt er noch die föderative (Vertretung des Gemeinwesens nach außen) und die prärogative Gewalt (Gewalt beim Notstand). Da diese in der Praxis bei der Exekutive angesiedelt sind, wird üblicher von zwei Gewalten bei Locke gesprochen, nicht von vier (vgl. M 10). Es gibt eine Unterordnung der Gewalten. Die höchste Gewalt im Staat ist die Legislative, dies bedeutet, es gilt die Volkssouveränität. Montesquieu entwickelte die Lehre von der Gewaltenteilung weiter. Bei ihm gab es drei Gewalten: Exekutive, Legislative und Judikative (bei Locke gibt es als Ansatz immerhin auch schon den Gedanken einer Unabhängigkeit der Richter). Die Gewalten sind nebeneinander geordnet. Wichtig ist eine Verteilung zur Verhinderung von Machtanhäufung. Eine Balance schaffende Hemmung der Gewalten sorgt für die Bewahrung eines Gleichgewichts. Es gibt eine getrennte Souveränität der Träger der Gewalten. Wie bei Locke ist England für Montesquieu Vorbild bei seinem Verfassungsdenken, er hat aber auch das absolutistische französische Königtum vor Augen.
- 4** Eine zentrale Frage nimmt darin der Freiheitsbegriff ein. Das entscheidende Ziel des Gesellschaftsvertrages ist „eine Gesellschaftsform zu finden, die mit der ganzen gemeinsamen Kraft die Person die Güter jedes Gesellschaftsmitglieds verteidigt“. Dies ist für Rousseau die Hauptfrage, deren Lösung für ihn im Gesellschaftsvertrag liegt. Besonders wichtig ist für ihn dessen strikte Einhaltung, denn bereits bei der „geringsten Abänderung“ wäre er wirkungslos. Nach einer Verletzung des Gesellschaftsvertrages würde jeder Mensch wieder in den vorherigen Zustand, den Naturzustand, zurückkehren. Der Gesellschaftsvertrag verlangt „die völlige Hingabe jedes Gesellschaftsmitgliedes“, sodass aus verschiedenen Individuen eine Gemeinschaft entsteht. Da jeder dem Gesellschaftsvertrag zugestimmt hat, würde ein Ablehnen oder eine Kritik, eine Kritik gegen sich selbst bedeuten. Mit dem Gesellschaftsvertrag geben also die Individuen in freiem Entschluss ihre natürliche Freiheit auf. Sie treten ihre Rechte an die Gemeinschaft ab. Sie ordnen sich ihr absolut unter und werden zu deren Gliedern. Sie sollen so die „echte Freiheit“ erreichen. Rousseau lehnt eine Gewaltenteilung entschieden ab, weil der Allgemeinwille für ihn unteilbar ist. Sein politisches Ziel war nicht die demokratische Republik.
- 5** Der Begriff Aufklärung bezeichnet die im 18. Jahrhundert vorherrschende geistige Bewegung der europäischen Intelligenz. Ihr Kennzeichen ist das Vertrauen in die Vernunft als entscheidende Quelle aller Erkenntnis, als Richtschnur menschlichen Handelns und als Maßstab aller Werte. Im vernünftigen Denken und in einem durch die Vernunft bestimmten Handeln sahen die Aufklärer die Garantie für ein ständiges Fortschreiten der Menschheit in der Beherrschung der Naturkräfte ebenso wie in der Herbeiführung einer gerechten sozialen Ordnung. Die Aufklärung entfaltete ihre größte intellektuelle, gesellschaftliche und politische Wirksamkeit in Frankreich. Ihre bedeutendsten Vertreter waren Voltaire, Montesquieu und Rousseau. Im Bereich der Staats- und Gesellschaftstheorien entwickelte Montesquieu aus englischen Vorbildern (Locke) die Theorie der Gewaltenteilung von Exekutive, Gesetzgebung und Justiz unter dem Dach einer konstitutionellen Monarchie (vgl. Antwort 3). Auch Voltaire hielt am Ideal des aufgeklärten Monarchen fest und forderte politische Rechte nur für die Besitzenden. Dagegen vertrat Rousseau die Idee der Volkssouveränität und der Gleichheit aller Bürger (vgl. Antwort 4). Daraus ergab sich für ihn die Forderung nach der Republik.

5 Der Absolutismus wird überwunden – die Französische Revolution

S. 97

- 1** Den Ersten Stand bildete den Klerus. Dazu gehörten alle kirchlichen Würdenträger wie Bischöfe, Äbte, Nonnen und Priester. Dies waren etwa 130 000 Personen bzw. 0,5 % der Bevölkerung. Besonders die Angehörigen des hohen Klerus wie Bischöfe und Äbte besaßen viele Privilegien: Sie waren fast völlig von der Steuer befreit, mussten keinen Militärdienst leisten und hatten eine eigene Gerichtsbarkeit. Zum Zweiten Stand gehörte der Adel. Dort konnte man zwischen hohem und niederen Adel unterscheiden. Die Mitglieder des hohen Adels waren zur Zeit des Absolutismus fast alle am Hof des Königs versammelt. Insgesamt umfasste der Adel etwa 350 000 Personen. Das waren etwa 1,5 % der Bevölkerung. Privilegien des Adels waren ebenfalls die fast vollständige Steuerbefreiung, der Anspruch auf Frondienste, das Jagdrecht und ein Anrecht auf Ämter und bezahlte Ehrenstellen in der Verwaltung oder der Armee. Die Bauern und Bürger Frankreichs bildeten den Dritten Stand mit etwa 24 000 000 Menschen. Dies entsprach etwa 98 % der Bevölkerung. Der Dritte Stand hatte keine Privilegien. Seine Angehörigen mussten fast alle Steuern des Staates zahlen und Abgaben an die adeligen Grundherren leisten. Im Kriegsfall mussten sie Soldaten stellen.
- 2** Der Dritte Stand umfasste das Besitz- und Bildungsbürgertum, Kleinbürger wie Handwerker und Arbeiter aber auch freie und unfreie Bauern einschließlich der großen Zahl von Mägden und Knechten. Alle Mitglieder des Dritten Standes erhofften das Ende des Absolutismus. Bei Fragen der politischen Gleichheit und der sozialen Gerechtigkeit, aber auch der Staatsform (konstitutionelle Monarchie oder Republik), unterschieden sich die Interessen.
- 3** Soziale Spannungen waren in einer Ständegesellschaft, in der der Dritte Stand 98% (90% Bauern und 8% Bürger) ausmachte, jedoch kein Mitspracherecht hatte, nicht verwunderlich. Die Bauern besaßen nur 35% des Bodens, die Hälfte der Bauern musste sich als Tagelöhner oder Knechte verdingen. Klerus und Adel waren von Steuern befreit, die hauptsächliche Steuerlast hatte die Handel treibende Bourgeoisie zu tragen. Trotz der geringen Produktion der Landwirtschaft im französischen Feudalsystem und der nahezu erstarrten handwerklichen Produktion zur Zeit der Zünfte war das 18. Jahrhundert eine Blütephase der französischen Wirtschaft. Durch den aufkommenden Kapitalismus und eine schrittweise Liberalisierung der Märkte sowie die Aufhebung von Zöllen entstand ein lebhafter Fernhandel. Angebot und Nachfrage bestimmten den Preis. Dadurch fielen jedoch die Preise für handwerkliche Erzeugnisse und die Getreidepreise. Handwerker und Bauern wurden zu Gegnern des Wirtschaftsliberalismus. Viele von ihnen zogen in die Städte und wurden dort zur Konkurrenz für die Arbeiter.
- 4** Ursachen der Revolution: Wirtschaftskrise in den 1780er Jahren, soziale Spannungen zwischen den Ständen, drohender Staatsbankrott durch die Unfähigkeit des Staates zu einer Steuerreform. Um die Schulden des Staates zu verringern, berief König Ludwig XVI. die Generalstände ein. Als der Erste und Zweite Stand nicht auf ihre Privilegien verzichten wollten und der Dritte Stand weniger Steuern und politische Mitspracherechte forderte, kam es zur Revolution.
5. Mai 1789: Generalstände treten in Versailles zusammen.
17. Juni: Vertreter des Dritten Standes erklären sich zur Nationalversammlung
20. Juni: Ballhaussschwur
27. Juni: Klerus und Adel schließen sich auf Befehl des Königs der Nationalversammlung an
14. Juli: Sturm auf die Bastille
Juli/August: „La grande Peur“ Aufstände von Bauern in den Provinzen
4./5. August: Abschaffung der Vorrechte von Adel und Klerus.

26. August: Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte
5./6. Oktober: Zug der Marktfrauen nach Versailles
19. Dezember: Einführung der Assignaten

- 5** Vgl. Glossar, Schülerbuch S. 88. Aus heutiger Sicht sind Eingriffe in den Handel marktkonträr.
- 6** Die amerikanische Revolution hatte, anders als in Frankreich, keine gesellschafts-politische Komponente. Sie war ausschließlich eine staatliche Revolution, bei der die Herrschaft von König und Parlament in London durch selbstbestimmte Kräfte mit Gewaltenteilung ersetzt wurden.
- 7** Die amerikanische Herrschaftsordnung unterscheidet sich auf den ersten Blick von den in Europa vorherrschenden parlamentarischen Systemen durch die strikte Verwirklichung des klassischen Gewaltenteilungsprinzips. Die Theorien von John Locke und Charles de Montesquieu wurden in den USA stärker beherzigt als in Europa. Allerdings haben die amerikanischen Verfassungsväter wie John Adams oder Alexander Hamilton die Gefahren erkannt, die einer strikten Anwendung der Gewaltenteilungslehre innewohnen. So kann die exklusive Beauftragung eines Staatsorgans mit bestimmten Aufgaben die Ausübung unkontrollierter Herrschaft fördern, die radikale Trennung der Gewalten voneinander zur Lähmung des Willensbildungsprozesses führen. Die Gründungsväter der USA ergänzten deshalb das Prinzip der Gewaltenteilung durch die Gewaltenverschränkung. Es entstand ein System von checks and balances, die einerseits das Zusammenwirken der Gewalten fördern und andererseits die Machtkontrolle sichern. So hat der Präsident an der Gesetzgebungsbefugnis Anteil, indem er vom Kongress verabschiedete Gesetze blockieren kann (suspensives Veto). Oder es wirkt der Senat an der präsidentiellen Befugnis der Bestellung von Beamten und Richter durch Bestätigung mit. Während der Präsident den militärischen Oberbefehl inne hat, verfügt der Kongress über das Haushaltsrecht und kann demnach Verteidigungsausgaben blockieren. Schließlich besitzt der Kongress die allerdings nur selten benutzte Waffe des Impeachment.
- 8** Freiheitsrechte (u.a. Art. 1 – 4 Art. 17, 20) sind z.B. das Recht auf freie Meinungsäußerung, Gleichheitsrechte (u.a. Art. 16, 23, 26) zum Beispiel das Recht auf Gleichheit vor dem Gesetz und der Gleichberechtigung von Mann und Frau und Unverletzlichkeits- oder Abwehrrechte (u.a. Art. 9, 12, 29) sind u.a. die Unverletzlichkeit der Wohnung, Freizügigkeit, Brief-, das Post- und Fernmeldegeheimnis.
- 9** Individuelle Schülerantwort

S. 105

- 1** Wirtschaftliche Not und militärische Niederlagen bewirkten gegenrevolutionäre Aufstände. Es gab in weiten Teilen Frankreichs Widerstand gegen die Revolution. Der erklärte Krieg verlief anders als erwartet. Die Koalitionsheere drangen in Frankreich ein. Das Volk von Paris hatte Angst, die errungenen Freiheiten wieder zu verlieren. Die Lage war so angespannt, dass die Jakobiner eine sogenannte „Revolutionsregierung“ bildeten. Der Nationalkonvent legte alle Macht in die Hände kleiner Ausschüsse. Im April 1793 wurde der bedeutendste unter ihnen ins Leben gerufen, der berüchtigte Wohlfahrtsausschuss. Er war für Wirtschaft, Verwaltung und die Kriegsführung zuständig und regierte nahezu diktatorisch. Der mächtigste Mann dort war Maximilien Robespierre. Der Wohlfahrtsausschuss war dafür mitverantwortlich, dass diese Zeit unter dem Namen „der Große Terror“ in die Geschichte einging. Am 10. Juni 1794 erließ er das berüchtigtste der Terrorgesetze. In ihm hieß es, dass jeder, der die Volksvertretung beleidigte, jeder Offizier der eine Schlacht verloren habe und sogar alle die sich nicht aktiv an der Revolution beteiligten, hingerichtet würden.

1793 ließen die Jakobiner eine von den Ideen Rousseaus beeinflusste Verfassung verabschieden, die die direkte Demokratie stärkte, ein verpflichtendes Staatsziel (das „allgemeine Glück“) annahm, und soziale Rechte (auf Arbeit und Bildung) enthielt. Diese Verfassung wurde aber nicht in Kraft gesetzt.

- 2** Die Jakobiner wollten die gesellschaftliche Gleichheit: sie gingen von Rousseaus natürlicher Gleichheit aller Menschen aus. Die tatsächliche Ungleichheit war für sie das Ergebnis von Besitz, Erziehung und Milieu. Aufgabe der Gesellschaft sollte es sein, diese „Unnatur“ zu beseitigen. Zum Vergleich: Die Girondisten erfassten die Égalité als Rechtsgleichheit; die Menschen waren nach ihnen zwar von Natur ungleich, aber es musste jedem die Möglichkeit gegeben werden, seine Individualität aus eigener Kraft zu entfalten.
Am 5. Februar 1794 unternahm Maximilien Robespierre den Versuch die Herrschaft der Jakobiner zu legitimieren. Die Rede wurde zur theoretischen Grundlage und Rechtfertigung der Revolutionsregierung. Terror (Schrecken) ist ein Schlüsselbegriff in Robespierres Ausführungen. Terror wurde hier erstmalig nicht als Instrument randständischer Gruppierungen bezeichnet, sondern als Regierungskonzeption und -maxime. Terror erschien Robespierre als notwendige Maßnahme, die Feinde des Volkes zu eliminieren. Er sah es als legitim an, durch Terror die öffentliche Tugend und damit die Gleichheit zu erzwingen.
- 3** Am 17. September 1793 beschlossen die Abgeordneten des Nationalkonvents unter dem Drängen der Sansculotten das „Gesetz über die Verdächtigen“. Es gab neu eingerichteten Überwachungsausschüssen die Vollmacht, Haftbefehle gegen verdächtige Personen auszustellen. Als Verdächtige galten alle, die sich durch ihre Ansichten oder ihre Haltung als „Feinde der Freiheit“ erwiesen. Den Verhafteten wurden dann von Revolutionstribunalen der Prozess gemacht.
- 4** Der Zorn der Sansculotten (Pariser Arbeiter und Kleinbürger) richtete sich gegen tatsächliche und vermeintliche Nutznießer ihrer Not und gegen mutmaßliche Gegner der Revolution. Ihr soziales Ziel war die Festsetzung von Höchstpreisen. Außerdem forderten sie eine drastische Besteuerung der Gewinne von Handel und Industrie. Ihr Endziel war Gleichheit des Besitzes und der Einkommen. Politisch strebten die Sansculotten eine republikanische Verfassung ohne Zensurwahlrecht an. Diese Ziele und Forderungen glaubten sie, mit Hilfe der Jakobiner – den Vertretern des besitzenden Bürgertums –, durchsetzen zu können. Das „Gesetz über das große Maximum“ vom 29. September 1793 legte für die wichtigsten Lebensmittel Höchstpreise fest. Sie sollten um ein Drittel höher sein als der Durchschnittspreis von 1790. Gleichzeitig sollten die Löhne auf der Basis von 1790 um 50% angehoben werden. Bei Nichtbeachtung der Bestimmung drohte die Aufnahme in die „Liste der Verdächtigen“.
Zur Zufriedenstellung der Sansculotten griff der Nationalkonvent auch in den religiösen Bereich ein: Im Dezember 1793 wurde die früher erklärte Religionsfreiheit widerrufen und das Christentum vorübergehend abgeschafft.
- 5** Eine der ersten Feministinnen, die ausdrücklich staatsbürgerliche Rechte für Frauen forderte, war Olympe de Gouges. Sie verfasste 1791 die Déclaration des droits de la femme et de la citoyenne (Erklärung der Rechte der Frau als Bürgerin). 1793 wurden die politischen Frauenvereine in Frankreich verboten und Olympe de Gouges noch im gleichen Jahr durch die Guillotine hingerichtet. M 10a: Frau als Hausfrau und Erzieherin, sie darf keine Aufgaben übernehmen, die die Natur allein dem Mann zugeteilt hat (Wettrennen, Jagd, Ackerbau, Politik). M 10b: Frau schuldet ihrem Mann Gehorsam, Frauen können nicht ohne Genehmigung ihres Mannes vor Gericht klagen, Frauen dürfen nichts verschenken, veräußern u.a. Männer dürfen außerhalb des Hauses Ehebruch begehen, ohne dass die Ehe geschieden werden kann. M 17, S. 96: Die dort verbürgte Gleichheit vor dem Gesetz betrifft offensichtlich nur Männer.

- 6** Francois de Jaubert (M 13): Eine Erbdynastie schützt die Bürger vor den Irrtümern einer Regierung. Dadurch soll es zu einem Ende der politischen Unruhen kommen. Der Feudalismus soll aber nicht zurückkehren. Napoleon hat vielerlei Erfolge vorzuweisen, die durch sein Kaisertum langfristig garantiert wären.
- 7** Argument, Napoleon habe die Revolution vollendet: Er garantierte im Code Napoleon die Freiheit des Einzelnen und die Abschaffung der Geburtsprivilegien, anerkannte aber, dass man durch Leistungen und Fähigkeiten aufsteigen und Eigentum erwerben kann. Er führte den Code auch in eroberten Ländern ein, als einen Versuch den Revolutionären Grundgedanken bzw. die Ziele weiterzutragen. Argument, Napoleon habe die Revolution überwunden: Er beendete die Republik, setzte die Erbmonarchie durch und es gab polizeistattliche Methoden der Bespitzlung. Er schaffte die Presse- und Meinungsfreiheit, sowie die Frauenrechte ab. Er besaß ein nahezu absolutistisches System der politischen Macht. Die Gesetzesinitiative hatte der Staatsrat, dem Napoleon vorsaß; Napoleon ernannte Minister und Offiziere, Präfekten und Bürgermeister. Er betrieb Expansionspolitik, er verhielt sich dabei rücksichtslos gegenüber den eroberten Staaten.

S. 109

- 1** Frankreich war ein Zentralstaat. Das revolutionäre Geschehen vollzog sich vor allem in Paris und Versailles. Das revolutionäre Ziel beschränkte sich in der Anfangsphase der Revolution auf ein größeres Maß an politischer Gleichheit und bürgerlicher Freiheit. In Deutschland mit seiner territorialen Zersplitterung gab es keine gemeinsame Hauptstadt. Dort ging es um das doppelte Ziel von Einheit und Freiheit. Da zudem noch kein ausgeprägtes Besitzbürgertum vorhanden war, konzentrierte sich die artikulierte Unzufriedenheit vor allem auf das Bildungsbürgertum.
- 2** Abschaffung der Stände, Wohlstand unabhängig von der Geburt, konstitutionelle Monarchie mit Volksvertretung, Stärkung des Rheinbunds als Bollwerk gegen Preußen, Sympathien für Frankreich und die Vorherrschaft Napoleons.
- 3** Hardenberg schlägt eine „Revolution von oben“ vor, um die „Revolution von unten“ zu verhindern. In Preußen gab es bis 1807 eine Ständegesellschaft. Dies wirkte sich vor allem auf die Verwaltung und das Militär, aber auch auf die Rechte der Bauern aus. Offiziersposten waren nur Adligen zugänglich. Bauern, die einem Gutsherren leibeigen waren, durften dessen Hof ohne dessen Erlaubnis nicht verlassen. Sie durften ohne Erlaubnis auch nicht heiraten. In der Wirtschaft herrschte Zunftzwang. Wer ein Handwerk betreiben wollte, brauchte die Erlaubnis der Zünfte. Diese achteten darauf, dass es nicht zu viel Wettbewerb gab und verweigerten oft die Erlaubnis. Die Ständegesellschaft und ihre Missstände sollen abgeschafft werden. Gleichheit vor dem Gesetze, Befreiung der Bauern und das Ende des Zunftzwangs sind einige Maßnahmen, durch die das erreicht werden soll.
- 4** Westfalen: Verfassung einer konstitutionellen Monarchie, Beseitigung der Vorrechte des Adels, Aufhebung des Zunftzwangs, Aufhebung der bäuerlichen Lasten, Einführung des Code Napoleon.
Preußen: Es blieb bis 1848 eine absolute Monarchie. Die Minister blieben dem König verantwortlich. Preußen musste 1807 die französische Besatzung erdulden, die fremden Truppen versorgen und große Kontributionszahlungen an Frankreich leisten. Diese Friedensbedingungen bewirkten die Erneuerung des Staates mit dem Ziel, einen zukünftigen Befreiungskampf erfolgreich führen zu können. Mit den Stein-Hardenbergschen Reformen (M 5) wurde das Staatswesen modernisiert.

- 5** Durch die Städtereform und der Abschaffung vieler ständischer Privilegien gewann das Bürgertum an Einfluss. Die Erfolge der Bauernbefreiung sind umstritten. Das Regulierungsedikt von 1811 legte fest, dass die ablösungsberechtigten Bauern, je nach Besitzrecht, zwischen einem Drittel und der Hälfte des von ihnen bewirtschafteten Landes abzutreten oder dessen Geldwert an die Grundherren zu entrichten hatten. Der Geldwert der Dienst- und Abgabeverpflichtungen belief sich auf den 25-fachen Jahreswert, der an die Grundherren zu bezahlen oder zu leisten war. Da kaum ein Bauer in der Lage war, die erforderlichen Geldbeträge aufzubringen, ging ein erheblicher Teil des bisherigen Bauernlandes an die zumeist adligen Großgrundbesitzer über. 1816 stellte eine „Deklaration“ fest, dass nur die „spannfähigen“ Höfe „regulierungsfähig“ seien. Den kleinen Bauern blieb die Regulierung verwehrt, sie mussten weiterhin Pachtzinsen und Abgaben (bis 1850) entrichten. Eine Verordnung von 1821 regelte die Aufteilung des Gemeindelands („Allmende“): 86% erhielten die Großgrundbesitzer, den Rest die Bauern mit Landbesitz. Die landlose Dorfbevölkerung, die ihr Vieh auf den Gemeindeweiden hielt, verlor ihre Existenzgrundlage.

6 Zeitenwandel – die Moderne

S. 115

- 1** Die Epoche der Moderne in Europa bezeichnet einen Umbruch in fast allen Lebensbereichen. Dazu gehören politische Veränderungen wie die Einführung der Gewaltenteilung und die Abschaffung ständischer Privilegien ebenso wie ökonomische Veränderungen infolge der Industrialisierung, ferner die urbane Lebensweise, der wissenschaftliche Fortschritt, die zunehmende Mobilität und Veränderungen in Kunst und Kultur.

- 2** Mit der Entwicklung der Psychoanalyse veränderte Freud die Wahrnehmung des seelisch leidenden Menschen. Er formulierte erstmals die fundamentale Rolle des Unbewussten für die menschliche Entwicklung. Für ihn war das Unbewusste das Ergebnis nicht ausgelebter, nicht eingestandener Konflikte. Freuds Unbewusstes ist der Träger verdeckter und verdrängter Wahrheiten, die aber immer wieder an die wache Oberfläche des Bewusstseins drängen. Nach Freuds psychischem Konzept entstehen Neurosen, Psychosen und andere seelische Fehlleistungen durch die Unterdrückung von Trieben. Eine Neurose fungiert als Ersatzhandlung und stellt den Versuch des jeweiligen Menschen dar, einem größeren Übel auszuweichen, in der Regel einem Konflikt mit dem ÜberIch, also den Erwartungen der Gesellschaft. Als soziales Wesen ist der Mensch extrem abhängig von gesellschaftlicher Anerkennung. Eine gesunde Unterdrückung der Urtriebe ist jedoch notwendig und ermöglicht dem Menschen ein zivilisiertes Zusammenleben.

Die Psychoanalyse ist eine Methode, bei der die unbewusste Bedeutung vom Verhalten eines Menschen, seinen Träumen und Phantasien zu ergründet und bewusst gemacht wird. Dadurch wird versucht, Neurosen zu heilen. Der therapeutische Ansatz der Psychoanalyse besteht in der Überzeugung, dass aktuelle neurotische Störungen eines Menschen ihre Ursachen in der frühen Kindheit haben. Diese frühen Ursachen müssen nun aufgedeckt werden.

Gegenthesen zu M 6 u.a.: M 6, S. 33; M 15, S. 62 des Schülerbandes.

- 3** In Mittelalter glaubten viele, dass Gott es sei, der unter den Menschen Freie und Unfreie, Herrschende und Beherrschte haben wollte. Besonders die Kleriker schrieben es in ihren Werken und predigten es in den Kirchen. Die Geburt entschied, welchem Stand der Einzelne angehörte. Seit dem 11. Jahrhundert meinten manche, Gott habe die Menschen in drei Gruppen oder Stände eingeteilt, in Betende, in Kämpfende und in Arbeitende also in die Geistlichkeit, in den Adel

und in die Bauern und Handwerker. Jeder Stand sollte die anderen, je nach seiner Aufgabe, zum Nutzen der ganzen Gesellschaft unterstützen. Die Wirklichkeit sah dann oft anders aus. Vgl. M 5, S. 3 des Schülerbuchs. Die Klassengesellschaft unterscheidet sich dagegen unabhängig von der Geburt nach Besitz und Einkommen. Kaufleute und Industrielle aus dem Bürgertum waren häufig wesentlich wohlhabender als der grundbesitzende Adel. Im ausgehenden 18. und im 19. Jahrhundert gab es vielerorts das Zensuswahlrecht, das den Wählern je nach Steueraufkommen unterschiedliche Rechte einräumte.

- 4** Darwin entwickelte die „Evolutionstheorie“, er revolutionierte dadurch die Naturwissenschaften und erschütterte die christliche Schöpfungsgeschichte. Das damalige religiös fundierte Gedankengebäude bringt Charles Darwin 1859 mit seinem berühmten Buch „Über die Entstehung der Arten durch natürliche Zuchtwahl“ ins Wanken. Was folgt, ist ein Beben in Wissenschaft, Kirche und Gesellschaft. Darwin behauptet, dass nicht Gott alle Tiere erschaffen hat, sondern dass sie sich natürlich entwickelt haben. Die Kreationisten dagegen berufen sich u.a. auf die Genesis, Vers 25: „Gott machte alle Arten von Tieren des Feldes, alle Arten von Vieh und alle Arten von Kriechtieren auf dem Erdboden.“
- 5** *M 9a:* Das 19. Jahrhundert als Zeitalter des Fortschritts in Wissenschaft und Technik. Aktuelle Ziele sind weitere Fortschritte sowohl bei der Nutzbarmachung von Naturkräften als auch bei der Durchsetzung einer demokratischen Gesellschaft. *M 9b:* Zerstörung der Umwelt und des menschlichen Miteinanders infolge der Industrialisierung.

Wirtschaft und Gesellschaft im Industriezeitalter

1 Postindustrielle Gesellschaft – Leben im Zeitalter der Globalisierung

S. 121

- 1** Globalisierung: weltweiter Austausch von Menschen, Waren, Dienstleistungen und Kapital sowie Vernetzung der Welt in verschiedenen Bereichen, wie z.B. Kultur, Wirtschaft, etc.
- 2** um 1500 Entstehen europäischer Kolonialreiche in der „Neuen Welt“ / Zunahme des Fernhandels / durch den Buchdruck Verbreitung der Kenntnisse über die Welt / im 16. und 17. Jahrhundert Blütezeit des transatlantischen Warenhandels / 1776 theoretische Begründung des Kapitalismus durch Adam Smith / 18. Jahrhundert: Aufstieg Englands im Zuge der Industrialisierung / neue Technologien wie z.B. Eisenbahn / 19. Jahrhundert Aufteilung der Welt im Zeitalter des Imperialismus / Zunahme des Außenhandels / Wettbewerb zwischen den europäischen Großmächten / nach 1945: Gründung des IWF und der Weltbank sowie des GATT-Abkommens / Liberalisierung des Welthandels / Gründung der UNO und der EWG / seit 1989/90: Öffnung Osteuropas / Erfindung des Internets / verstärkte politische und ökonomische Zusammenarbeit

S. 129

- 1** Die Zeitungsüberschriften beziehen sich auf unterschiedliche Auswirkungen der Globalisierung, z.B. auf das Auftreten neuer globaler Krankheiten, wie z.B. AIDS, oder auf die Dominanz der westlichen Kultur, die auch das Schönheitsideal in Asien verändert. Hinzu kommen globale Umweltprobleme oder die Vorteile einer grenzüberschreitenden Arztbehandlung.
- 2** individuelle Beiträge der Schülerinnen und Schüler
- 3** Herausforderungen für Unternehmen: hoher Kosten- und Wettbewerbsdruck, Suche nach neuen, kostengünstigen Produktionsstandorten mit geeignetem Personal sowie Zwang, innovative Produkte zu entwickeln
Unternehmen wandeln sich zu „Global Playern“, lagern kostenintensive Unternehmensteile aus, nutzen die Möglichkeiten des globalen Arbeitsmarktes
Wirtschaftsstandort Deutschland: Entwicklung und Produktion hochwertiger Güter und Dienstleistungen, Unternehmen setzen auf hochqualifizierte Mitarbeiter in Deutschland, Bildung und Wissen wird zur Schlüsselkompetenz
- 4** Spaltung des Arbeitsmarktes in Gewinner und Verlierer. Gewinner: mobile, flexible, junge, gut ausgebildete Arbeitskräfte. Verlierer: ältere sowie geringqualifizierte Menschen, Menschen mit familiären Bindungen
Strukturwandel: neue Arbeitsplätze im Niedriglohnbereich (Dienstleistungen), Boom der Zeitarbeit, Rückgang der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse
- 5** Ein Arbeiter, als Vogel in einem Käfig dargestellt, der nicht genügend Futter hat (Lohndumping = durch die Globalisierung entsteht ein Druck auf die Löhne, die

immer geringer werden)/ vor dem Käfig lauert die Globalisierung, als gefräßige Katze dargestellt / Arbeiter ohne Alternative: entweder begnügt er sich mit einem geringeren Lohn oder er verliert seinen Arbeitsplatz

- 6** Thierse appelliert an die soziale Verantwortung von Unternehmen: Diese sollten nicht nur nach größtmöglichen Gewinnen streben, sondern auch den Menschen in Deutschland einen sicheren Arbeitsplatz geben. Es geht ihm um mehr soziale Gerechtigkeit und die gesellschaftliche Solidarität zwischen Starken und Schwachen.
- 7** Deutschland ist ein Hochlohnland, viele Betriebe wandern deshalb in kostengünstigere Länder ab. Folglich steigt die Arbeitslosigkeit, dem Staat brechen die Einnahmen weg (Steuern, Sozialbeiträge), gleichzeitig steigen die Ausgaben zur Finanzierung der Arbeitslosen, die ebenfalls qualifiziert werden müssen, um vermittelbar zu sein. Viele Unternehmen profitieren, der Staat hingegen hat das Nachsehen.
- 8** individuelle Beiträge der Schülerinnen und Schüler
- 9** Zusammenlegung der Arbeitslosen- und Sozialhilfe zu Hartz IV (ALG II): i.d.R. erhalten Arbeitslose nach 12 Monaten nur noch eine Pauschale unabhängig von der Höhe ihres früheren Einkommens und der Dauer der Beschäftigung. Die Kosten für eine angemessene Wohnung und die Sozialversicherungen trägt die Kommune bzw. die Bundesagentur für Arbeit. Gleichzeitig wurden die Zumutbarkeitsregelungen verschärft, d.h. Arbeitslose müssen mit Kürzungen rechnen, wenn sie ein Arbeitsangebot ablehnen. Folgen: Zunahme der Armut, viele Menschen zählen zur „neuen Unterschicht“.

- 10** individuelle Beiträge der Schülerinnen und Schüler

S. 131

- 1-3** individuelle Lösung der Schülerinnen und Schüler

S. 135

- 1** individuelle Beiträge der Schülerinnen und Schüler
- 2** Kulturelle Globalisierung: Verschmelzung unterschiedlicher Kulturen, Traditionen, Religionen und Lebensstile
- 3** Merkmale des „flexiblen Menschen“: mobil, flexibel, bereit, sein Privatleben den Erfordernissen des Berufs unterzuordnen, wenig soziale Bindungen, häufig Single Vorteile dieses Lebensstils: Flexibilität, ständige Konfrontation mit Neuem, neue Herausforderungen, Karrieremöglichkeiten, gehobener Lebensstandard; Nachteile: Überforderung, Vereinsamung, mangelnde soziale Bindungen, „Jobnomadentum“
- 4** Junge Menschen in China und Indien streben einen westlichen Lebensstil an (Konsum- und Sexualverhalten, Kommunikationsmittel, westliche Mode), verlieren Bezug zu ihrer eigenen Kultur, arbeiten z.B. in Indien in Call-Centern für amerikanische und britische Unternehmen, schlüpfen dafür in eine andere Identität.
- 5** Transformationsländer, wie z.B. China und Indien profitieren von der Globalisierung; „klassische Entwicklungsländer“, z.B. in Afrika fallen eher zurück. Rahmenbedingungen, um von der Globalisierung zu profitieren: Modernisierung, Öffnung der Wirtschaft und Anpassung an den globalen Markt; Verfügbarkeit

von kostengünstigen und z.T. gut ausgebildeten Arbeitskräften. Soziokulturelle Veränderungen: Wandel der traditionellen Kultur, Konflikte zwischen altem und neuen Lebensstil (z.B. Stadt- und Landbevölkerung)

- 6** es gibt keinerlei Arbeitsschutz oder Sozialstandards, Frauen werden ausgebeutet und erhalten sehr geringe Bezahlung, großer Druck, mangelnde Hygiene am Arbeitsplatz

S. 137

- 1-3** Der Text beschreibt, wie junge indische Computerspezialisten, die noch vor wenigen Jahren nach Nordamerika auswanderten, um dort in der IT-Branche zu arbeiten, nun nach Indien zurückkehren, da sich dort die Lebens- und Arbeitsbedingungen in jüngster Zeit verbessert haben. Viele dieser jungen Menschen investieren in Indien, gründen eigene Firmen und verändern durch ihren westlichen Lebensstil die indische Kultur; Gründe für die Rückkehr nach Indien: bessere Karrieremöglichkeiten durch Outsourcing; Wirtschaftsboom, gute Infrastruktur und ein moderner Lebensstil vor allem in IT-Zentren wie Bangalore, Wunsch, in der Heimat zu leben, schlechter werdende Chancen in den USA Probleme der Rückkehrer / Reaktion der einheimischen Bevölkerung: Rückkehrer sind Fremde im eigenen Land, leben isoliert in wohlhabenden Gemeinden, Reaktion der Bevölkerung ist gespalten, viele Indier kritisieren den zunehmenden Einfluss der westlichen Kultur, den die Rückkehrer ins Land bringen

- 4** individuelle Beiträge der Schülerinnen und Schüler

S. 143

- 1** Neben dem natürlichen Treibhauseffekt gibt es einen zweiten, vom Menschen verursachten. Dieser hängt mit dem Ausstoß von CO₂ Emissionen zusammen. Die Grafik (M8) zeigt die stetige Zunahme dieser Emissionen seit 1990 mit den USA als einer der Hauptverursacher des Treibhauseffektes.
- 2** Ökologische Folgen: Schmelzen der Gletscher, Anstieg des Meeresspiegels mit Überschwemmungen, Hitzewellen, Dürren, Missernten, Waldbrände, starke Unwetter, Tropenkrankheiten auch in Europa. Ökonomische Folgen: hohe Versicherungsschäden durch Unwetter, Lebensmittelknappheit und steigende Preise
- 3** individuelle Lösung der Schülerinnen und Schüler
- 4** Ziele des Kyoto-Protokolls (2005): Reduktion der Treibhausgase um 5% gegenüber den Werten von 1990. Problem: Länder wie China und Nordamerika verweigern bisher ihre Unterschrift, zudem halten Experten eine Reduktion von mindestens 30-40% für erforderlich, um die Folgen des Klimawandels abzuschwächen; Ziele des Emissionshandels: Schaffung von Anreizen zur Investition in umweltfreundliche Technologien durch die Möglichkeit, mit CO₂ - Rechten zu handeln. Problem: bislang wurden zu viele Verschmutzungsrechte ausgegeben, so dass die Zertifikate wertlos waren; künftig sollen die Zertifikate verknappt werden.

- 5-7** individuelle Beiträge der Schülerinnen und Schüler

2 Die Industrialisierung – Veränderungen in Wirtschaft und Gesellschaft

S. 153

- 1** Effizienzsteigernde Grundprinzipien: frühe Erosion der feudalen Ständeordnung, rationale Beziehungen (Pachtverträge) zwischen Grundherren und Pächter, frühe Kommerzialisierung von Anbau und Vertrieb, Offenheit für moderne Methoden, leidenschaftlicher Betrieb durch den Adel – Triebfeder des wirtschaftlichen Wandels, Dominanz von Großbetrieben, Fähigkeit zur Ernährung steigender Bevölkerung führt zu stetig wachsendem Absatzmarkt, Effizienzsteigernde Maßnahmen: moderne Methoden bei Bewässerung, Düngung, Fruchtwechsel und der gemischten Landwirtschaft, Flurbereinigung durch Enclosure-Bewegung, Überführung von Allmende in Privatbesitz, langfristige Pachtverträge, „wissenschaftliche“ Zuchttechniken
- 2** Aus einer Vielzahl an fördernden, sich gegenseitig positiv beeinflussenden Faktoren wären zu nennen:
 - leistungsstarke Landwirtschaft zur Versorgung der schnell wachsenden Bevölkerung und als Kapitalbasis
 - Erfindungen förderndes Interesse an wissenschaftlichen und technischen Fragestellungen
 - vorhandener Binnenmarkt mit einheitlichem Währungs-, Steuer- und Zollsystem
 - Innovations- und investitionsfreundliches Klima durch soziale Durchlässigkeit (Aufstiegchancen) und geringe Markteintrittsbarrieren (z.B. Zünfte)
 - im Vergleich zu anderen Staaten große Macht des Bürgertums (durch das Parlament) in Relation zu der des Monarchen
 - stabile politische Verhältnisse
 - Kapitalbildung durch Landwirtschaft, Handel und Kolonialismus (Seemacht)
 - leichter Zugang zum Kreditmarkt
 - Infrastruktur: profitables und strategisch angelegtes Netz an Straßen und Kanälen; viele Häfen
 - ausreichende und günstig gelegene Rohstoffvorkommen, vor allem Erz und Kohle
 - wachsendes Angebot an Arbeitskräften/Konsumenten (Absatzmarkt) durch Bevölkerungsanstieg und Verdrängung von Kleinbauern
 - Absatzmärkte durch wachsende Nachfrage nach Textilien (z.B. Bekleidungs-, Baumwollindustrie)
 - Unterdrückung von wirtschaftlicher Konkurrenz (z.B. Niederlande, Indien) durch die britische Stellung als Welt- und Kolonialmacht
 - Legitimation wirtschaftlichen Erfolgs durch Calvinismus und Liberalismus
 - protoindustrielle Wachstumskerne durch das Verlagswesen und Manufakturen
 - Unternehmerfreundliche Arbeitszeiten
 - große Kaufkraft und Binnennachfrage
 - hohe Profitorientierung und Geschäftstüchtigkeit.
- 3** Bestimmungen und Motive der Navigationsakte (M4) im Vergleich zum Edenvertrag (M7): Die Navigationsakte von 1651 bestimmte, dass die gesamte Einfuhr außereuropäischer Güter nach England sowie der gesamte Küstenhandel und die Fischerei in den englischen Gewässern von britischen Schiffen zu leisten war. Die Einfuhr europäischer Waren wurde nur englischen Schiffen und solchen der Produktionsländer vorbehalten. Wegen ihrer Bedeutung für die Entwicklung der englischen Handelsvormacht wurde die Navigationsakte auch magna charta maritima genannt. Die Navigationsakte provozierte den für England siegreichen englisch-niederländischen Krieg von 1652–1654 und gilt als protektionistisches Dokument zur Unterdrückung von Wettbewerb. Sie ersetzte das niederländische durch das britische Transportmonopol.

Der 1786 abgeschlossene Eden-Vertrag ist dagegen ein freihändlerisches Abkommen, in welchem sich Franzosen und Engländer zur internationalen Arbeitsteilung verpflichteten. Der Vertragsinhalt setzte die französischen Zölle auf britische Fabrikate auf 5 bis 15 Prozent herab, während der englische Zoll auf französischen Wein ebenfalls gesenkt wurde. Nach Eden erzeugt der Vertrag für Frankreich und England eine Win-Win-Situation, da der Handel beider Länder mit Gütern, in denen sie einen absoluten Kostenvorteil besitzen, angekurbelt wird. Mittelfristig ist die Spezialisierung auf gewerbliche Produkte im Vergleich zur Weinproduktion für England von größerem Vorteil. Im Gegensatz zur kriegstreibenden Navigationsakte fördert dieser Vertrag nach Eden die englischen Beziehungen zu Frankreich.

- 4** Smiths Menschenbild basiert auf den Ideen der Aufklärung. Der Mensch als Vernunftwesen handelt rational und am Eigennutz ausgerichtet, also egoistisch. Er soll frei in seinen Entscheidungen sein und trägt für sein Handeln Verantwortung. Die Koordination der Bedürfnisse von Produzenten und Konsumenten (Angebot und Nachfrage) findet auf dem Markt statt und erfolgt durch den Preismechanismus. Der Preismechanismus wirkt gleich einer unsichtbaren Hand. Voraussetzung für einen funktionierenden Preismechanismus ist der freie, nicht durch staatliche Eingriffe verfälschte Wettbewerb. Seine Grundpositionen überträgt Smith auch vom Binnenmarkt auf den Außenhandel (Freihandel). Seine Außenhandelstheorie der absoluten Kostenvorteile postuliert in Abkehr vom Merkantilismus, dass internationale Arbeitsteilung und Handel den Wohlstand beteiligter Staaten steigern. Der Staat (Souverän) besitzt in erster Linie Schutzaufgaben und garantiert die Funktionsweise der Marktwirtschaft durch Sicherung der Landesgrenzen, Aufrechterhaltung eines funktionierenden Rechtssystems und Bereitstellung öffentlicher Güter (Bildung, Kultur). Das System der natürlichen Freiheit steigert das Allgemeinwohl in höchstem Maße, da das Allgemeinwohl die Summe der egoistischen Einzelinteressen darstellt. Letztere Behauptung kann durchaus kritisch gesehen werden, da die Marktwirtschaft Verlierer produziert, deren Interessen sich in einem Nachtwächterstaat weder in der ökonomischen noch in der politischen Arena Gehör verschaffen können. Auch kann Smith in dieser Beziehung entgegnet werden, dass das Ganze mehr ist als die Summe seiner Einzelteile. So stolpern Wirtschaftssubjekte gerade in Wettbewerbssituationen in die sog. Rationalitätenfalle, in der das vernünftige individuelle und das vernünftige kollektive Interesse auseinander fallen (z.B. Umweltverschmutzung, Verletzung der Urheberrechte etc.).
- 5** In England herrschte schon früh ein Klima der relativen politischen und materiellen Sicherheit. Die Engländer hatten entgegen ihrer stets beibehaltenen Diktion den Untertanenstatus gegen den von Staatsbürgern eingetauscht. An den vom Adel erkämpften Freiheiten (Magna Charta) partizipierten sukzessive immer breitere Schichten der Bevölkerung. Innovationen und Investitionen entfalteten sich, ohne vom feudalen Ständestaat oder von Zunftordnungen behindert zu werden.
- 6**
- Emanzipation und Autonomie der Wissenschaften gegen obrigkeitsstaatliche und kirchliche Denkverbote oder Durchsetzung des Rationalen gegen das Irrationale. Hintergrund war der Wettbewerb um Macht und Ressourcen im staatlich zersplitterten Europa durch Herrscher, die in Innovationen einen machtpolitischen Vorteil gegenüber ihren Rivalen entdeckten.
 - Durchsetzung einer anerkannten Methode des Forschens, die auf der Verbindung von Wahrnehmen, Messen, Verifizieren und Falsifizieren sowie der nachvollziehbaren Deduktion beruhte. Die Systematisierung des Experiments zog die routinemäßige Forschung nach sich: Die Erfindung der Erfindung. – Etablierung einer Wissensgesellschaft, die sich über den Buchdruck und dem Latein miteinander austauschte, ihre Ergebnisse publizierte und deren Netzwerke sich im 17. Jahrhundert in „Wissenschaftlichen Akademien“ institutionalisierten.

- 1** Die Karte illustriert die Begünstigung Großbritanniens durch vorteilhafte und günstig gelegene Standortfaktoren (z.B. niedrige Transportkosten wegen der Insellage oder zahlreiche und nahe beieinander liegende Kohle- und Erzvorkommen). Ebenso sind entwicklungsfördernde Faktoren wie die Verkehrsinfrastruktur, die hohe Bevölkerungsdichte (Konsumenten und Arbeitskräftepotenzial) sowie eine voranschreitende Urbanisierung der Karte zu entnehmen. Den britischen Agrarkapitalismus beschreiben die großräumig durchgeführten Einhegungen von landwirtschaftlichen Nutzflächen. Die Karte dokumentiert auch die anfängliche Dominanz der leichtindustriellen Phase, die durch die Textil- und Baumwollbranche als erstem industriellem Führungssektor gekennzeichnet war, sowie deren spätere Ablösung durch Bergbau, Eisenbahn und Eisenindustrie als Führungssektorenkomplex. Die räumliche Nähe von Textil- und Montanindustrie lassen Rückschlüsse auf vorwärts und rückwärts gerichtete Koppelungseffekte zwischen den Industriezweigen zu, die zur Entwicklung von Industrievieren führten.

- 1** Preußen neben Österreich größter Staat im Deutschen Bund schuf mit seinen Reformgesetzen, vor allem der „Bauernbefreiung“ und der „Gewerbefreiheit“, die institutionellen Rahmenbedingungen für den industriellen Modernisierungsprozess in Gewerbe und Landwirtschaft. Die Preußischen Reformen halfen den feudalen und zünftischen Traditionalismus zu überwinden, die unternehmerische Privatinitiative zu wecken und förderten somit Mobilität, Produktivität und Konkurrenz. Vor allem in der westlichen Reichshälfte wurde die preußische Gesellschaft im Sinne des individualistischen Marktmodells liberalisiert, was die industriellen Wachstumszonen an Rhein, Ruhr und Emscher beförderte. Aber auch die Landwirtschaft, von feudalen Fesseln befreit, zeigte hohe Produktivitätszuwächse.

Ein wichtiges Element der preußischen Reformbewegung lag ebenfalls in der Bildungsreform. Der Aufbau eines technischen Bildungswesens – Gewerbeschulen, Polytechnische Schulen, Technische Hochschulen – gehörte auch zum großen Komplex der preußischen Gewerbeförderung. Allerdings schuf der preußische Staat lediglich Rahmenbedingungen. Die Industrialisierung selbst war ein autonomer Vorgang.

- 2** Stufen der Agrarwende im 19. Jahrhundert:
- Aufhebung der feudalen Grundherrschaft
 - Kommerzialisierung der Agrarwirtschaft
 - Automatisierung und Rationalisierung der Produktionsprozesse in der Landwirtschaft
 - Informationsaustausch auf Messen etc.
 - Anwenden naturwissenschaftlicher Erkenntnisse in der Landwirtschaft (z.B. Gesetz des Minimums, Kunstdünger, Verbesserung der Züchtungsverfahren)
 - Etablierung der Agrarwissenschaften
 - Ausbau des Genossenschaftswesens

Heutige Verwendung des Begriffs Agrarwende: Politisches Schlagwort, unter das weit reichende Änderungen in der deutschen Agrarpolitik subsumiert werden. Die Agrarwende wurde 2001 von der damaligen rot-grünen Regierungskoalition unter maßgeblicher Federführung von Bundesverbraucherministerin Renate Künast eingeleitet. Zur Agrarwende gehören verschiedene Maßnahmen wie z.B. eine starke Orientierung am Verbraucherschutz oder die Förderung der ökologischen Landwirtschaft und des Tierschutzes in der Landwirtschaft. Konkreter Anlass für die Agrarwende war das Auftreten der Rinderseuche BSE im Jahr 2000.

3 Zwischen dem Zollverein von 1834 und dem 1993 etablierten Europäischen Binnenmarkt bestehen Parallelen sowie große Unterschiede. Der Europäische Binnenmarkt garantiert die vier Freiheiten: Freier Waren-, Dienstleistungs-, Kapital- und Zahlungsverkehr sowie die Freizügigkeit der Arbeitnehmer. Ziel ist die wirtschaftliche Integration Europas. Flankiert wird diese ökonomische Integration durch die Einführung des Euros als gemeinsamer Währung. Im Zollverein ging es primär um den freien Warenhandel, während der freie Kapital- und Dienstleistungsverkehr sowie die gemeinsame Währung noch auf sich warten ließen. Langfristig trug der Zollverein jedoch zur ökonomischen Integration der teilnehmenden deutschen Staaten bei. Eine politische, nationale Einheit verbanden die damaligen Machthaber keineswegs mit der Gründung des Zollvereins, während die Einführung des europäischen Binnenmarktes mit der Umbenennung der Europäischen Gemeinschaft in die Europäische Union einherging, was eine stärkere politische Integration symbolisieren soll.

4 Hansemann führt in erster Linie die Nachteile von Spekulationen am Aktienmarkt an. Die Hoffnung auf schnellen Gewinn lockt viele Käufer auf das Börsenparkett, was durch die erhöhte Nachfrage zu stark steigenden Aktienkursen führt. Die Aktienkurse stehen bald in keinem realistischen Verhältnis zu den Fundamentaldaten des Unternehmens (z.B. Gewinn, Umsatz, Kapitalrendite, Eigenkapitalquote) und bilden somit den tatsächlichen Wert des Unternehmens nicht mehr ab. Eine Folge dieser hohen Gewinnerwartungen ist der Abzug von Kapital aus Unternehmensinvestitionen und die Verwendung als Spekulationskapital an der Börse. Wenn die Spekulationsblase platzt, flüchtet „das Publikum“ aus dem Wertpapiermarkt, was dann zu einem extremen Sinken der Unternehmenskurse führt. Wiederum bilden die Aktienkurse nicht den realen Wert eines Unternehmens ab. Dieses Auf und Ab an der Börse produziert nach Hansemann vor allem einen Gewinner: die Bankhäuser. Auf die möglichen Chancen der Aktiengesellschaften geht Hansemann nicht ein. Durch die Rechtsform der Aktiengesellschaften wurden viele Unternehmen erst in die Lage versetzt, die enormen Investitionssummen für Maschinen, Fabriken und Verkehrsunternehmungen bereitzustellen. Auf einem beschränkten Kapitalmarkt mit risikoscheuen Privatbanken förderte diese Form der Kapitalaufstockung und Finanzierung die unternehmerische Investitionsbereitschaft. Außerdem hielt sich das individuelle unternehmerische Risiko durch die geringere Haftung mit der Kapitaleinlage in Grenzen. Allerdings konzentrierte sich im Zuge der Entstehung von großen Aktienkreditbanken der strategische Einfluss auf die Unternehmenspolitik in den Händen weniger Banken, die eine starke Stellung in den Aufsichtsräten der Aktienunternehmen besaßen.

5 Die Karte M 16 zeigt den industriellen Entwicklungsstand in weiten Teilen Mitteleuropas für die Jahre 1830, 1850 und 1910. Deutlich wird ein West-Ost-Gefälle beim Voranschreiten des Industrialisierungsprozesses. 1830 sind in erster Linie belgische Regionen industrialisiert, während die Länder des Deutschen Bundes kein zusammenhängendes Industriegebiet aufweisen. Um 1850 haben sich einige industrielle Wachstumsregionen in Deutschland etabliert. Die Dominanz des schwerindustriellen Sektors zeigt sich in Deutschland an Rhein und Ruhr sowie in Sachsen und Schlesien. Denn neben Zentren der deutschen Textilindustrie liegen in diesen Gegenden vor allem die Kohle- und Eisenerzvorkommen, in deren Nähe sich die Montanindustrie und der Maschinenbau ansiedeln. Ein verkehrstechnischer Standortvorteil dieser Regionen liegt in der Nähe zu Flüssen und zu den neu gebauten Eisenbahntrassen. Der größte Teil und die meisten Einwohner Deutschlands bleiben jedoch um 1850 von der Industrialisierung unberührt. Ein ganz anderes Bild bietet sich dem Betrachter um 1910. Weite Teile Deutschlands haben den Strukturwandel vollzogen. Von der belgischen Nordseeküste über das Ruhrgebiet und Sachsen bis ins oberschlesische Revier existiert ein

industrialisierter Gürtel, in dem Fabriken aus den leicht- und schwerindustriellen Sektoren ebenso wie Unternehmen aus den „Neuen Industrien“ die wirtschaftliche Modernisierung vorantreiben. Ebenso befinden sich jetzt ehemalige „Entwicklungsregionen“ wie das Rhein-Main- und das Rhein-Neckar-Gebiet auf der industriellen Überholspur. Hier entstehen in Flussnähe (Transport, Abwasser) Zentren der chemischen Industrie. Weitere Wachstumsregionen hatten sich rund um Berlin, Hamburg und Nürnberg gebildet. Insgesamt waren mit Ausnahme der chemischen Industrie die „Neuen Industrien“ aber weit weniger standortgebunden als die Unternehmen der Schwerindustrie, die sich abgesehen vom Maschinenbau ausschließlich in der Nähe von Kohlevorkommen ansiedelten. Viele Regionen Süddeutschlands und östlich der Elbe blieben aber deutlich ausgespart von einer nachholenden industriellen Entwicklung des ländlichen Raums.

- 6** Die verspätet einsetzende Industrialisierung der USA verzeichnete sehr schnell größte Wachstumssprünge bei allen wichtigen ökonomischen Kennziffern. So besitzt die USA seit 1913 das größte BIP/Kopf und gilt als weltweit führende Industrienation. Grundlage für diese rasante Entwicklung der USA waren ein wirtschaftsliberales Umfeld, ein riesiger Binnenmarkt mit frühen Tendenzen zum Massenkonsum und der daraus resultierende Druck zur Massenproduktion im „amerikanischen Fabrikssystem“. Dieses Fabrikssystem war durch einen Produktionsprozess gekennzeichnet, der auf Standardisierung und Präzisionsfertigung setzte. Die wissenschaftliche Betriebsführung („Taylorismus“) und die Fließbandproduktion („Fordismus“) setzten weltweite Standards. Taylors Ausgangsfrage lag darin, wie man die Arbeiter (bei gleichem Lohn) zu mehr Arbeit bewegen könnte. Taylor ließ groß angelegte Zeitstudien mit der Stoppuhr durchführen, führte Prämienlohnsysteme ein und entwickelte auf dieser Grundlage neue, detaillierte Arbeits- und Bewegungsabläufe zur Steigerung der Leistung der Arbeiter. Dadurch kam es zu einer stark zunehmenden Rationalisierung in den Betrieben: Die Arbeiter bekamen eine normgerechte Umgebung mit standardisierter Beleuchtung, Werkzeugen und Betriebsabläufen. Im Gegenzug wurde ihnen Selbstbestimmtheit und Eigenverantwortung mehr und mehr abgesprochen. Der Arbeiter war jetzt nur noch für die Arbeit an sich zuständig, nicht mehr für das Lösen von Problemen. In dem dargestellten Beispiel steigerte sich der Lohn des Arbeiters Schmidt um 62%, während sich seine Arbeitsproduktivität um 380% erhöhte. Taylor (M 18) entwickelte auf der Grundlage von Wahrnehmung und Schlussfolgerung eine Methode zur Rationalisierung von menschlicher Arbeitskraft. Allerdings wurden von ihm keine wissenschaftlichen Theorien aufgestellt und verifiziert, sondern mittels Experimenten Feststellungen getroffen, welche dann als Postulat galten. Auch waren seine Bemessungsgrundlagen sehr dünn, wenige leistungsstarke Arbeiter wurden als repräsentativ deklariert und an ihnen wurden die Experimente vollzogen. Die grundlegende Annahme der permanenten Leistungszurückhaltung („loafing“) seitens der Arbeiter bei gleichzeitiger Leistungsbereitschaft der leitenden Angestellten entsprach keiner wissenschaftlichen Analyse sondern war eine vorurteilsbeladene Setzung.

S. 169

- 1** Um den Dampf zu kondensieren musste Thomas Newcomen (1663 – 1729) bei seinen Dampfmaschinen Wasser in den Zylinder einspritzen, was nicht nur eine Kondensation des Dampfes sondern auch eine Abkühlung des gesamten Zylinders bedeutete und mit hohen Energieverlusten verbunden war. Um dies zu vermeiden, führte Watt seine wichtigste Neuerung ein, den Kondensator. Damit entfiel das energiezehrende Aufheizen und Abkühlen des Zylinders, da die Kondensation in einem vom Zylinder getrennten, stets gekühlten Gefäß stattfand. Darüber hinaus baute Watt an den Kondensator eine Pumpe, welche die Luft und warmes Wasser (das später wieder dem Kessel zugeführt wurde) aus dem

Kondensator absaugte. Auf diese Weise entstand ein Unterdruck im Kondensator, der den Betrieb der Maschine wesentlich verbesserte. Durch eine wärmedämmende Ummantelung des Zylinders wurden weitere Energieverluste vermieden. Aufgrund ihrer Konstruktion kam die „einfach wirkende“ Dampfmaschine fast ausschließlich als Pumpenantrieb zum Einsatz. Mit der zunehmenden Industrialisierung war man jedoch an einer universell einsetzbaren, gleichmäßig laufenden Betriebsmaschine interessiert. Diese Forderung erfüllte Watt, indem er bei der zweifach wirkenden Maschine die Räume über und unter dem Kolben abwechselnd mit dem Kondensator verband.

S. 181

- 1** Der Begriff „soziale Frage“ wurde historisch auf die mit der ersten Industrialisierung verbundenen sozialen Spannungen eingeeengt, obwohl sowohl Armut und Elend als auch Unterdrückung und sehr ungleiche Verteilung von Besitz und Macht in der Zeit vor der Industriellen Revolution noch größer waren. Die Erregung über die sozialen Zustände hängt offenbar vom Bewusstsein der Beteiligten ab, und zwar nicht nur von den benachteiligten Unterschichten, sondern von den Ansprüchen an die „soziale Gerechtigkeit“ und Menschenwürde bei den Angehörigen der Oberschicht und der Intellektuellen wie Robert von Mohl und Werner Sombart. Mohl (M 7) nennt die lange Arbeitszeit, die Monotonie der Arbeit, die Gesundheitsbelastungen, Kinderarbeit und Invalidität. Er warnt vor einer sozialen Revolution. Sombart (M 8) beschreibt die Freudlosigkeit des Arbeiterlebens und der Familien, die Müdigkeit und der Verschleiß bereits junger Männer und Frauen, die einfache Ernährung, die Verführung zum Alkohol, das Streben der Tüchtigen zu politischen und gewerkschaftlichen Aktivitäten.
- 2** Die „Soziale Frage“ umfasst die Armut und Unsicherheit der Wirtschaftlichen Existenz der Masse der Bevölkerung, deren Machtlosigkeit, die Ungleichheit des Besitzes, die Unpersönlichkeit der Fabrikarbeit und die Zunahme der Lohnabhängigen. Zur Lösung tragen u.a. bei die Arbeiterparteien (M 5, M 10, M 12), der Staat (M 6), einige Unternehmer (M 9, M 11) und die Kirchen (VT).
- 3** M 9: Das soziale Wirken von Alfred Krupp wird auch heute überwiegend positiv bewertet. Trotzdem gibt es Einschränkungen. Krupp versuchte, ebenso wie viele andere Unternehmer seiner Zeit, die Beschäftigten mit einer Doppelstrategie aus umfassender Fürsorge und Kontrolle sowohl an das Werk zu binden als auch zu entpolitisieren. Zum finanziellen Anreiz (die Löhne waren höher als in vielen anderen Fabriken) trat der Aufbau von Sozialeinrichtungen, die zur Absicherung der Arbeiter beitrugen. 1853 wurde die bereits seit 1836 bestehende als Selbsthilfeeinrichtung der Arbeiter eingerichtete Krankenkasse in eine Pflichtversicherung umgewandelt, 1855 folgte eine Pensionskasse. Es kamen nicht alle Betriebsangehörigen in den Genuss dieser Wohlfahrtspolitik. Die Mitglieder der Kruppschen Pensionskasse, in die alle Beschäftigten einzahlen mussten (2,5 Prozent vom Lohn), erhielten nur dann betriebliche Rentenleistungen, wenn sie bei nachgewiesener Arbeitsunfähigkeit mindestens 15 bis 20 Jahre ununterbrochen in Diensten des Kruppschen Unternehmens gestanden hatten. Das hielten viele nicht durch, vor allem nicht diejenigen, die in großer Hitze an den Hochöfen und in Stahlwerken arbeiteten. Diese Werksangehörigen gingen leer aus und mussten von ihren Kindern oder der Armenfürsorge unterstützt werden. Bei einer Kündigung verloren die Beschäftigten das Wohnrecht in den Werksiedlungen. In diesen Siedlungen bestand eine eigene Infrastruktur mit Konsum, Schule und Marktplatz u.a., in der politische Auftritte nicht zulässig waren. Krupp beschreibt in M 9 die leistungsbezogene Lohndifferenzierung, die damals im Maschinenbau und im Hüttenwesen oft größer war als heute. Es gab durchaus auch ausgesprochen gut verdienende Arbeiter, die sich z.B. ein eigenes Haus leisten konnten. Zeile 29 ff. verdeutlicht auch die Doppelstrategie des Baus von Wohnsiedlungen.

M 10: In Deutschland wurde die Produktionsgenossenschaft Mitte des 19. Jahrhunderts von vielen Seiten als Mittel gegen die Verelendung der Arbeiter propagiert. Ferdinand Lassalle forderte dafür Staatsgelder, vor allem, um die bisherigen Unternehmer zu entschädigen. Lassalle sah in der Aufhebung der Unternehmergewinne durch Produktionsgenossenschaften als freiwillige Assoziation der Arbeiter die friedlichste, legalste und einfachste Lösung sozialer Konflikte.

4 Das Sozialistengesetz verstärkte die Opposition der Arbeiterbewegung gegenüber dem konservativen Staat und stärkte das Klassenbewusstsein von Arbeitern. Die Verfolgung unter dem Sozialistengesetz hinterließ bei vielen Menschen tiefe Verbitterung und führte zu einem dem Staat fremd gegenüberstehenden sozialdemokratischen Arbeiterstandesbewusstsein. Die Sozialdemokratie zu zerschlagen, gelang Bismarck mit dem bis 1890 immer wieder verlängerten Sozialistengesetz nicht. Zwar war die SAP ab 1878 offiziell verboten, ihre Reichstagsfraktion blieb jedoch bestehen: Da die Wahlgesetzgebung die reine Persönlichkeitswahl vorsah, behielten die Sozialdemokraten ihre Reichstagsmandate. Die sozialdemokratische Fraktion konnte ihre Stimmen bis 1890 verdreifachen: Bei den Reichstagswahlen von 1881 bis 1890 nahmen die Stimmen für Sozialdemokraten von etwa 312.000 auf 1,4 Millionen zu.

5 Bei der bürgerlichen Frauenbewegung forderte nur eine Minderheit in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts die ökonomische Unabhängigkeit der Frau als Voraussetzung für ihre Emanzipation. Selbst für Luise Otto-Peters, Helene Lange und andere bekanntgewordenen Agitatorinnen des „Allgemeinen deutschen Frauenvereins“ blieben Ehe und Mutterschaft die „natürliche“ Bestimmung der Frau. Die Arbeits- und Rollenverteilung in der Ehe wurde nicht grundsätzlich in Frage gestellt. Erst nach 1900 begann die Diskussion über die Vereinbarkeit von Ehe und Beruf. Auch politische Ansprüche – zum Beispiel das Wahlrecht – wurden nicht mit der Gleichheit der Geschlechter begründet, sondern mit den besonderen Interessen von Frauen. Der Übernahme des traditionellen Weiblichkeitsbegriffes entsprach es auch, dass sich in dem Jahrzehnt vor dem Ersten Weltkrieg die Sozialarbeit als eines der wichtigsten Aufgabengebiete der bürgerlichen Frauenbewegung entwickelte.

Im Unterschied zu diesem bürgerlichen Teil der Frauenbewegung kämpften die Ende des 19. Jahrhunderts entstandenen Arbeiterinnenvereine um die politische Emanzipation und für ökonomische und soziale Verbesserungen mit Forderungen, die die Herrschaftsverhältnisse der damaligen Zeit grundsätzlich in Frage stellten. Unterschiede zur bürgerlichen Frauenbewegung zeigten sich vor allem auch in der Einstellung zu Ehe und Familie. Für proletarische Frauen war die Verbesserung ihrer Lage nur durch entscheidende wirtschaftliche Veränderungen herbeizuführen, wobei die Übertragung eines Teils der familiären Aufgaben auf die Gesellschaft eine Voraussetzung war. Wie die ökonomische Gleichberechtigung wurde auch die politische Gleichstellung der Frau als ein Teil der gesamten gesellschaftlichen Umwälzung gesehen, die in der Zusammenarbeit mit Männern innerhalb der Arbeiterbewegung und der Arbeiterparteien erreicht werden sollte.

3 Fremde und Einheimische – Wanderungsbewegungen im Industriezeitalter

S. 186

- 1** Sehnsucht nach persönlicher und politischer Freiheit, Toleranz und besseren beruflichen und finanziellen Entfaltungsmöglichkeiten. Die Gestaltung der eigenen Zukunft und der Zukunft der Kinder erschien einfacher zu sein. Dazu kam die Weite des Landes und die Möglichkeit, zu günstigen Konditionen Grund und Boden zu erwerben
- 2** M 2a: Auch in den USA gibt es Arbeitslose, Cholera, Einsiedlerleben der ärmeren Farmer, bei mangelnden Sprachkenntnissen werden Siedler betrogen.
M 2b: Schöne Wohnung, gutes Einkommen, Arbeitsbelastung gering, beste Verpflegung. (Widerspruch zu harter Arbeit des Sohnes).
- 3** Frauenemanzipation (in der Quelle ironisch überspitzt dargestellt) vor allem im privaten Bereich, aber auch rege Teilnahme von Frauen an politischen Versammlungen. Dennoch galt in der Verfassung bis 1920 das Männerwahlrecht.

S. 189

- 1** Arbeitssuche, Flucht aus der Armut.
- 3** Ruhige und gesunde Lage, schöne Wohnungen mit Keller, Stall und Garten, günstige Miete, billige Nahrungsmittel, polnische Wohnviertel, Schulen in der Nähe, kurzer Weg zur Arbeit, anständige Behandlung am Arbeitsplatz, Freier Umzug ins Ruhrgebiet, keine langfristige vertragliche Bindung an den Arbeitgeber.

S. 192

- 1** 1955 – 1973: Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte, sog. „Gastarbeiter“ (1955 Italien, 1960 Griechenland und Spanien, 1961 Türkei, 1964 Portugal, 1968 Jugoslawien), 1961 Mauerbau, ab 1962 geburtschwache Kriegsjahrgänge in das Berufsleben, 1973 Anwerbestopp und Stopp des Familiennachzugs, Seit 1973: Aussiedlerinnen und Aussiedler aus Osteuropa und Südeuropa und der ehemaligen Sowjetunion, Flüchtlinge und Asylanten. Seit 1980er Jahren hat Deutschland die größte Zuwanderungsrate in Europa.
Ursachen und Zwänge: kulturelle, politische, wirtschaftliche, religiöse, demografische, ökologische, ethnische, soziale.

- 2** Bevölkerung ohne und mit Migrationshintergrund

	2005	2006	2007
Bevölkerung insgesamt (in Tausend)	82 465	82 369	82 257
Personen ohne Migrationshintergrund (in Tausend)	67 132	67 225	66 846
Personen mit Migrationshintergrund (in Tausend)	15 057	15 143	15 411

Quelle: Statistisches Bundesamt

3 M 2: Geringe Geburtenzahlen und steigende Lebenserwartung, Migration beeinflusst die Altersstruktur der Bevölkerung (Zuwanderung junger Menschen, Rückwanderung Älterer, höhere Geburtenraten der Immigranten, Migration trägt dazu bei, die wirtschaftlichen Kosten der Überalterung zu mildern, Ziel muss es sein, vor allem beruflich qualifizierte Migranten zu gewinnen.)

4 Individuelle Schülerantwort

S. 195

1 Schlechte Zukunftsaussichten in Deutschland, keine berufliche Perspektive, bessere Aussichten für Kinder, höheres Einkommen, weniger Bürokratie und Vorschriften, zu hohe Steuern und Abgaben in Deutschland, pessimistische Grundstimmung in Deutschland, Unzufriedenheit mit dem politischen und sozialen Klima.

2 Chancen: berufliche Weiterentwicklung und finanzielle Perspektiven, Karriere-möglichkeiten, ein neuer Arbeitsplatz nach Zeiten von Arbeitslosigkeit, persönliche Gründe wie z.B. der Wunsch nach Veränderung oder einer anderen Lebensperspektive.
Risiken: Situation auf dem dortigen Arbeitsmarkt, oft keine Arbeitsmöglichkeiten im erlernten Beruf, häufig ist zur Berufsausübung zuvor die Anerkennung der beruflichen Qualifikation erforderlich, außerhalb der EU ist eine Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis notwendig, anderes Sozialsystem, oft keine ausreichende soziale Sicherheit, anderes Schul- und Bildungssystem, gute Sprachkenntnisse notwendig, Kosten einer möglichen Auswanderung.

3 M 4: Qualifizierte werden angelockt, Unqualifizierte abgewehrt. Aber gegenüber EU-Bürgern gilt Freizügigkeit. Man braucht die Einwanderer, hat aber auch Vorbehalte u.a. gegenüber arrogant auftretenden Westdeutschen.

Auf einen Blick

S. 197

2 *Bauern:* Seit dem 11. Jahrhundert kann man von einem Bauernstand sprechen, da zu dieser Zeit die Herausbildung eines Bürgertums die Abgrenzung eines Bauernstandes ermöglichte. Im Mittelalter waren mehr als 80 Prozent der Gesamtbevölkerung Bauern. Es ist schwer, sie als gesellschaftliche Gruppe einheitlich zu charakterisieren. Zu groß waren die Unterschiede der Lebensbedingungen auf Grund der geographischen und klimatischen Gegebenheiten. Die Masse der Bauern bestand aus Unfreien, die in einer Grundherrschaft lebten. Ihr Leben war gekennzeichnet durch harte Arbeit und ständige Existenzangst. Die Frondienste für die Grundherren mussten unabhängig vom Erfolg der Ernte geleistet werden. So konnte eine schlechte Ernte, z.B. aufgrund eines Naturereignisses, die Einkünfte einer Bauernfamilie unter das Existenzminimum sinken lassen.

Ritter: Nur wenige Ritter lebten auf einer Burg. Um eine Burg bauen und unterhalten zu können, musste man über sehr viel Geld verfügen. Darüber verfügte vor allem der Hochadel. Dagegen lebten viele Ritter in bescheidenen Verhältnissen, hatten also nicht die geringste Aussicht, jemals Burgherr zu werden. Ein Teil der Ritter, die auf Burgen wohnten, taten dies in der Funktion als Angestellte ihres Dienstherrn: als Burgvögte, Verwalter oder Jagdaufseher. Die Mehrzahl der Ritter lebte in Dörfern, umgeben von den Bauern und Leibeigenen. Die Beschreibungen des christlichen Ritters zur Zeit der Kreuzzüge in der Dichtung entsprechen nur selten der Wirklichkeit, sie geben vor allem ein Ideal wieder.

Adel: Er stellte eine wesentliche Stütze der königlichen Macht dar. Der Adel hatte das „gottgewollte“ Vorrecht zur Herrschaft über niedrigere Gruppen. Der König konnte aufgrund des Lehnseides durch den Adel über das Volk herrschen. Diese Form des Herrschens war nötig, da es keine Verwaltungsorganisation im Reich gab. Der Adel dominiert seit dem 8. Jahrhundert in hohen kirchlichen und weltlichen Ämtern.

Stadtbewohner: Vom Bürger als eigenständigem Stand spricht man ab dem 11. Jahrhundert. Man differenzierte zwischen den Bürgern, die in den Städten politische Rechte besaßen, und Einwohnern ohne politische Rechte. Alle Stadtbewohner, häufig Handwerker, Kaufleute aber auch Bauern, waren aber im Gegensatz zur der Landbevölkerung frei. Löste sich eine Person aus der Landbevölkerung von seinem Grundherrschaft und wanderte ab in die Stadt, so konnte er das Bürgerrecht erlangen, vorausgesetzt sein Grundherr machte keine Ansprüche geltend. Um seine persönliche Freiheit zu erlangen, musste er im allgemeinen ein Jahr und einen Tag in der Stadt leben. Das volle Bürgerrecht bekam er jedoch erst, wenn er den Bürgereid geleistet und sich verpflichtet hatte, seine bürgerlichen Pflichten zu beachten.

3 *Mittelalter:* Der Mensch als sündiges Wesen, das leicht dem Bösen bzw. dem Satan anheimfallen konnte. Der Mensch der Renaissance war dagegen selbstbewusst, er begriff sich als Selbstständiger, als Künstler, als Schöpfer. Er interessiert sich für technische Neuerungen, für die Kriegskunst, die Geschichte, Werke und Ästhetik der vielgerühmten Antike. Vgl. Antwort zu Frage 1, Schülerbuch S. S. 65.

4 Die Renaissance ist eine europäische Bewegung der Wiederbelebung antiker Kunst und Gedanken. Unter dem Humanismus versteht man die Rückbesinnung gelehrter Kreise auf den Humanitas-Begriff der römischen Antike. Die Renaissance ist die große gemeineuropäische Kulturepoche, die die Wende vom Mittelalter zur Neuzeit umfasst. Sie überwindet das mittelalterliche Welt- und Menschenbild und die überkommene Staats- und Gesellschaftsordnung. An die Stelle des Autoritätsglaubens tritt der Geist kritischer Forschung, der Mensch wird zum Maß aller Dinge, die Staatsraison zum Prinzip der Politik. Die italienischen Fürstenhöfe, besonders das Florenz der Medici, sind beispielhaft für Europa. Renaissance, Humanismus und Reformation erwachsen aus der Sehnsucht des

Menschen nach geistiger und religiöser Erneuerung. Sie greifen gleichermaßen auf die antiken Quellen zurück: Die Renaissance orientiert sich an der römischen Kunst, der Humanismus erweckt die antiken Philosophen, Historiker und Dichter zu neuem Leben, die Reformation macht die Bibelübersetzung nach dem griechischen und hebräischen Urtext verbindlich.

5 Vgl. Antwort zu Frage 2, Schülerbuch, S. 79.

6 *Absolutismus*: Regierungsform, in der der Monarch die Macht der Stände und ihre Mitwirkung an der Regierung weitgehend ausgeschaltet hat. Er allein erlässt die Gesetze, denen er selbst nicht unterworfen ist. Gleichzeitig ist er oberster Richter. Der Monarch ist für seine Handlungen nur Gott verantwortlich. Um seine absolutistischen Herrschaftsansprüche durchzusetzen, waren eine gut funktionierende zentralistische Verwaltung und ein stehendes Heer erforderlich. Ihre herausragende Stellung demonstrierten die Herrscher durch kostspielige Bau- und Kunstwerke. Im 17. und 18. Jahrhundert ahmten die Fürsten Europas die absolutistische Regierungsform Ludwigs XIV. (1638 – 1714, reg. ab 1643) nach. Aufklärung war eine in Europa im 18. Jahrhundert von gebildeten Menschen vertretene Grundeinstellung, die vom Glauben an die Vernunft in jedem Menschen geprägt war. Der Gebrauch des eigenen Verstandes befreite die Menschen aus den alten Abhängigkeiten der Kirche und des Adels und führte zu mehr Selbstbestimmung. Mit Hilfe der Wissenschaften machte die Menschheit ständig Fortschritte hin auf eine bessere Beherrschbarkeit der Natur.

7 Merkantilismus bedeutete eine durch massive Staatseingriffe in die Wirtschaft gekennzeichnete Wirtschaftspolitik während der Zeit des Absolutismus zwischen dem 16. und 18. Jahrhundert. Ziel war die Steigerung der nationalen Wirtschaftskraft und die Erhöhung der Staatseinkünfte z.B. durch die Erhebung von Schutzzöllen und die Förderung der frühindustriellen Produktion. Vgl. Schaubild und Glossar S. 88 des Schülerbuchs.

8 Die Philosophen der Aufklärung nahmen Abstand von alten Lehrmeinungen, bis sie diese bewiesen fanden. Lehren wurden geprüft, neue Entdeckungen gemacht, auf der Basis dessen, das nun als dem Menschen gottgegeben angesehen wurde: der Verstand, die Fähigkeit zu (logischem) Denken, Verknüpfen, Schlussfolgern. Die menschliche Vernunft war der Schlüssel zum Entscheid über den Wahrheitsgehalt eines naturwissenschaftlichen Gesetzes, Erfahrungen und Experimente mussten erst alles bestätigen. Die Rolle der Kirche, der bis dahin größtenteils die Universitäten unterstellt waren, nahm erheblich ab und wurde durch den (sowohl von kirchlicher Bevormundung als auch gesellschaftlichen Stand) unabhängigen Menschenverstand ersetzt.

Nach Charles de Montesquieu (1689 – 1755) müsse die Macht, die im absolutistischen Staat allein der Herrscher besitzt, aufgeteilt werden. Es solle drei voneinander völlig unabhängige Gewalten geben, denen jeweils eine bestimmte Aufgabe zustehe, um die Freiheit und die Rechte jedes Bürgers garantieren zu können.

In seinem wichtigsten Werk, „Der Gesellschaftsvertrag“ („Contrat social“) schildert Jean-Jaques Rousseau als Grundlage eines besseren Staates einen Gesellschaftsvertrag, den er selbst mit folgenden Worten zusammenfasst: „Jeder von uns stellt gemeinschaftlich seine Person und seine ganze Kraft unter die oberste Leitung des Allgemeinwillens, und wir nehmen jedes Mitglied als untrennbaren Teil des Ganzen auf.“ Dieser Vertrag wird von den Bürgern freiwillig eingegangen, somit erhält der Herrschende die Macht durch das Volk, außerdem kann ihm diese wieder entzogen werden.

Der Denker François Marie Voltaire (1694–1778) spielte eine entscheidende Rolle bei der Verbreitung der Ansicht, dass jeder Mensch unverletzliche Grundrechte besitze. Dazu zählte vor allem religiöse Toleranz. Er selbst glaubte an Gott, kritisierte aber die Macht des Klerus. Viele Philosophen forderten Pressefreiheit, einige waren Gegner der Sklaverei. Ein weiteres Grundrecht war für sie die politische

Gleichheit. Die Formulierung solcher Grundrechte bildete einen wichtigen Grundstein für die Forderung der Französischen Revolution nach „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“.

- 9** Die erste Phase der Französischen Revolution zwischen 1789 und 1791 gilt als eine bürgerliche Revolution. Staatsform war die konstitutionelle Monarchie. In ihr regierte der König an der Seite einer Nationalversammlung. Im Unterschied zu seiner bisherigen absolutistischen Herrschaft war er an die Verfassung gebunden und hatte nur eingeschränkte Rechte. 1791 wurde Ludwig XVI. gestürzt, Frankreich wurde zur Republik.

Zweite Phase: Im September 1792 rief die Nationalversammlung die Republik aus, im Januar 1793 ließ sie den König hinrichten. Im allgemeinen Männerwahlrechts wurde eine neue Volksvertretung, der Konvent, gewählt, in dem die Jakobiner tonangebend waren. Der Konvent, der für sich die Befugnisse des Parlaments und der Regierung zugleich in Anspruch nahm, schickte sich an, die vollständige politische Gleichheit zu verwirklichen. Die Jakobiner handelten dabei in äußerster Bedrängnis. Gleichzeitig mussten sie mit der militärischen Bedrohung von außen, der Gegenrevolution in mehreren Landesteilen, der sich verschärfenden wirtschaftlichen Not und Inflation, dem Druck der Sansculotten und der Girondisten fertig werden. Das politische Entscheidungszentrum verlagerte sich in den Wohlfahrtsausschuss, Robespierre wurde zum Motor eines Schreckensregiments.

- 10** Durch Mediatisierung und Reputationshauptschluss 1803 wurde das Heilige Römische Reich Deutscher Nation aufgelöst. Die Zahl der Herrschaften ging von weit mehr als 1000 auf 39 zurück. Dabei wurden Bayern, Baden, Württemberg und Preußen wesentlich vergrößert. Auf dem Wiener Kongress 1815 blieben diese Gebietsveränderungen zum größten Teil bestehen. 1806 schlossen sich 16 süd- und westdeutsche Staaten zum Rheinbund zusammen und erklärten den Austritt aus dem Deutschen Reich. Kaiser Franz II. dankte daraufhin als Kaiser des Heiligen Römischen Reiches ab. Der Code Napoleon in den Rheinbundstaaten wurde dort auch nach 1815 in wesentlichen Teilen beibehalten.

- 11** Vgl. Antwort zu Frage 1, Schülerbuch, S. 115.

- 12** In der Befürchtung, dass die Evolutionstheorie aufgrund der genetischen Bedingtheit von Verhaltensweisen und einer natürlichen Erklärung der Entstehung der Menschen diesbezüglichen Glaubensüberzeugungen überflüssig macht, wird von den Kreationisten die Idee der Evolution als Irrlehre zurückgewiesen. Auch die moderne Theologie tut sich teilweise in der Auseinandersetzung mit der Darwinschen Lehre noch schwer. So schrieb Papst Johannes Paul II. in seiner vielgepriesenen Botschaft „Christliches Menschenbild und moderne Evolutionstheorien“ aus dem Jahr 1996, „dass der „menschliche Körper [...] seinen Ursprung in der belebten Materie [hat], die vor ihm existiert. Die Geistseele hingegen ist unmittelbar von Gott geschaffen“. Eine rein natürliche Erklärung sei „nicht mit der Wahrheit“ vereinbar.

Auf einen Blick

S. 199

5 In England waren der Absolutismus, die Grundherrschaft und der Zunftzwang früher aufgelöst oder gelockert worden und daher schon früher Voraussetzungen für die freiere Ausbreitung des Handels, der Kapitalbildung und der technischen Erneuerung gelegt worden als in anderen Ländern des europäischen Kontinents. England wurde daher zum Mutterland der Industrialisierung unter privatwirtschaftlichen kapitalistischen Bedingungen. Später breitete sich die Industrialisierung schrittweise in die anderen Länder Europas und Nordamerikas aus. In England waren es adlige Grundbesitzer, die die Chance einer steigenden Nachfrage nach Schafwolle erkannten und damit begannen, das Weide- und Gemeindeland einzuziehen, die Bauern von dessen Nutzung auszuschließen, um Weideland für Schafe zu gewinnen, deren Wolle sich gut verkaufen ließ. Dadurch wurden ein großer Teil der Bauern im Laufe der Zeit in Pächtern, gleichzeitig aber die Landzersplitterung der früheren Zeit aufgehoben und damit eine Verbesserung des Ackerbaus erreicht. Im 18. Jahrhundert führte man zur besseren Ausnutzung des Bodens systematischen Fruchtwechsel ein und baute Futterpflanzen an. Dies wiederum machte die Stallfütterung möglich, und das wiederum verbesserte die Düngung der Felder. Im 18. Jahrhundert stieg die Pro-Kopf-Produktion in der Landwirtschaft bis 1750 um 25 % an. Dadurch erhöhte sich der Lebensstandard der Bevölkerung, was wiederum im Zusammenhang mit der Bevölkerungszunahme in England steht. Die Nachfrage nach gewerblichen Gütern stieg, vor allen Dingen nach Textilien, und trieb die Produktion von Rohstoffen wie Wolle oder die Einfuhr von Baumwolle gewaltig an.

Die Ausdehnung des Kolonialbesitzes vor allem in Nordamerika im Kampf gegen Frankreich und die Erweiterung des Welthandels trug zur Kapitalbildung in England bei. Größere soziale Mobilität und größere politische und gewerbliche Freiheit in Verbindung mit der durch den Einfluss des Calvinismus entwickelten, auf Fleiß und Sparsamkeit gerichteten Arbeitsmoral förderten die Entwicklung des Handwerks, der technischen Erfindungen und Verbesserungen, die Entfaltung des Verlagswesens und die Ausweitung der Manufakturen.

Alles das zusammen genommen machte England zum Mutterland der modernen Industrialisierung unter privatwirtschaftlichen kapitalistischen Bedingungen und zur ersten Industrie- und Handelsmacht der Welt im Laufe des 19. Jahrhunderts.

6 Soziale Frage: Zwölfstundenarbeitstag, geringe Löhne (Pauperismus), Trennung von Wohnort und Arbeitsstätte, Frauen- und Kinderarbeit, Wohnungselend, fehlender Arbeitsschutz, fehlende soziale Absicherung, Urbanisierung, u.a.

7 Die Industrialisierung vollzog sich nicht allein in den Fabriken, wo zumindest in der Textilindustrie vor allem ungelernte Arbeiter monotone, schlecht bezahlte Tätigkeiten ausführten. Sie veränderte auch Verkehr und Transport, die Kommunikation, die Kriegführung, die wissenschaftliche Forschung und die Organisation der Ausbildung. Der Prozess der Industrialisierung wurde zum Fundament unserer ganzen modernen Lebensführung und durchdrang alle unsere Lebensbereiche. Ihre Folge war keineswegs nur der Pauperismus der ungelernten Arbeiter und ihrer Familien sondern auch das Entstehen eines immer breiteren gewerblichen Mittelstandes mit gut ausgebildeten Beschäftigten, deren Einkommen das der Hilfsarbeiter um ein Mehrfaches überstieg.

8 Arbeiterparteien, Gewerkschaften, staatliche Sozialpolitik, Kirchen, Unternehmer u.a.

9 Vgl. Antwort zu Frage 1, Schülerbuch, S. 186 und zu Frage 1, S. 195.